

RT DE: News, Analyse und Meinung

Artikel der Woche, 26.04.–02.05.2024

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	13
Meinung	31

News

"Putin wartet nicht auf uns": Operationsplan Deutschland soll Zivilisten auf Kriegsfall vorbereiten

<https://dert.tech/inland/203929-operationsplan-deutschland-putin-wartet-nicht-auf-uns/>

26.04.2024

Laut dem "Operationsplan Deutschland" soll die deutsche Zivilgesellschaft im Kriegsfall zur Unterstützung herangezogen werden. Wen er für den Gegner hält, macht der mit der Erarbeitung beauftragte General auch deutlich: Wladimir Putin. Deutschland wird auf einen Krieg mit Russland vorbereitet.

Im Falle eines Krieges soll die Zivilbevölkerung zur Unterstützung des Militärs herangezogen werden. Unter anderem diese Maßnahme sieht der "Operationsplan Deutschland" vor, der vom Innenministerium gemeinsam mit der Bundeswehr erarbeitet wird. Das Dokument ist geheim und soll es auch bleiben. In einem "Erklärstück" soll den Bundesbürgern jedoch erläutert werden, wie sie sich im Kriegsfall zu verhalten haben.

In einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* umreißt Generalleutnant André Bodemann Inhalt und Zweck des Plans. Es geht schlicht um die Kriegstüchtigkeit der deutschen Gesellschaft und den Aufbau von Zivilschutz.

"Wir befassen uns mit der Frage, welche zivile Unterstützung brauchen wir, um die territoriale Integrität des Landes zu verteidigen oder wiederzuerlangen. Wie erhalten wir die

Regierungsfähigkeit, wie schützen wir wichtige Infrastrukturen – das kann die Bundeswehr allein absolut nicht tun, deswegen brauchen wir die Unterstützung der zivilen Seite", sagte der General.

Krieg sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und faktisch befinde man sich schon längst nicht mehr im Frieden, führt der General aus. Bodemann nennt zudem "russische Desinformation" und "chinesische Spionage" als Beispiele für aktuelle Bedrohungen, auf die man reagieren müsse.

"Es gibt eine konkrete Bedrohung. Wir werden täglich mit Fake News und Desinformation angegriffen. Das Zweite sind Attacken im Cyberraum. Die sind schwer zuzuordnen – Russland, China, organisierte Kriminalität –, aber die Effekte sind da."

Die Kommandos für Inlands- und Auslandsaktivitäten sollen zu einem "operativen Führungskommando" zusammengelegt werden. Damit soll eine bessere Vernetzung und Verzahnung gewährleistet werden.

"Putin wartet nicht auf uns, bis wir fertig sind, wir müssen schneller sein", sagt Bodemann und legt damit offen, wen er für den Feind hält. Deutschland soll sich auf einen Krieg vorbereiten. Und zwar auf einen gegen Russland, macht er damit deutlich.

* * *

Bericht: US-Regierung stimmt massivem Angriff auf Krim-Brücke zu

<https://dert.tech/international/204056-bericht-us-regierung-stimmt-massivem-angriff-krimbr%C3%BCcke-zu/>

27.04.2024

Laut einem Bericht des ukrainischen TG-Kanals "Resident" hat die Biden-Administration einem massiven ukrainischen Angriff auf die Krim-Brücke unter Verwendung von ATACMS-Raketen zugestimmt. Mit der Planung des Angriffs seien der MI-6 und die NATO befasst, heißt es weiter.

Wie der ukrainische Telegram-Kanal "Resident" am Sonnabend unter Berufung auf einen Insider der ukrainischen Präsidentsverwaltung meldet, soll die US-Regierung einem massiven ukrainischen Angriff auf die Krim-Brücke zugestimmt haben.

Der Angriff soll laut diesem Bericht Anfang Mai stattfinden und werde derzeit vom britischen Geheimdienst MI-6 in Zusammenarbeit mit dem Stab der NATO-Kräfte in Europa detailliert geplant, heißt es in dem Bericht weiter. Die Einzelheiten unterliegen strengster Geheimhaltung, selbst der ukrainische Generalstab sei vorerst nicht eingeweiht.

Überprüfbar ist dieser Bericht aktuell nicht, die auf dem TG-Kanal "Resident" als Insiderinformationen aus den engen Zirkeln des Kiewer Regimes veröffentlichten Informationen und Vorhersagen hatten in der Vergangenheit jedoch ein hohes Maß an Zuverlässigkeit und erhielten später häufig Bestätigung aus offiziellen Quellen oder in der Lebenswirklichkeit.

Die Krim-Brücke (auch Kertsch-Brücke genannt), die das russische Festland mit der Halbinsel verbindet, ist von Anfang an aufgrund ihrer hohen Symbolkraft bevorzugtes Ziel ukrainischer Angriffe. Im Oktober 2022 explodierte ein mit Sprengstoff beladener Lkw auf ihr, vier Zivilisten sowie der Fahrer kamen dabei ums Leben. Die Brücke war danach kurzzeitig gesperrt und war während der langwierigen Reparaturarbeiten monatelang nur eingeschränkt nutzbar. Zum zweiten Mal wurde die Brücke im Juli 2023 bei einem Drohnenangriff beschädigt. Ein Elternpaar kam dabei ums Leben, die minderjährige Tochter des Paares wurde schwer verletzt. In einem TV-Interview

Anfang April des laufenden Jahres hat sich der Chef des ukrainischen Geheimdienstes SBU Wassili Maljuk zu beiden Anschlägen bekannt.

Daneben gab es weitere, erfolglose Angriffe auf die Brücke mit Drohnen und Raketen. Russland vermutet seit Langem, dass diese Angriffe vom westlichen Militär und/oder westlichen Geheimdiensten gesteuert und koordiniert werden. Bei jedem Angriff ist verstärkte Aktivität US-amerikanischer Luftüberwachungsdrohnen über dem Schwarzen Meer feststellbar.

In dem vorstehend erwähnten Interview hat der SBU-Chef Maljuk zugleich erklärt, dass Russland die Krim-Brücke aktuell nicht für militärische Transporte nutze. Experten sind sich einig, dass sie ihre ursprüngliche militärstrategische Bedeutung verloren hat, nachdem Russland seit 2022 über einen sicheren Landweg auf die Halbinsel durch die neuen Regionen Saporoschje und Cherson verfügt.

In einer abgehörten und Anfang März von RT-Chefin Margarita Simonjan veröffentlichten Telefonkonferenz diskutierten deutsche Luftwaffenoffiziere die Möglichkeit der Zerstörung der Krim-Brücke mithilfe von Taurus-Marschflugkörpern. Auch sie waren sich einig, dass die Brücke in erster Linie zivil genutzt wird.

Anfang der Woche bestätigte das Pentagon die Lieferung von ATACMS-Raketen an die Ukraine. Diese verfügen über ähnliche Eigenschaften wie deutsche Taurus-Marschflugkörper und sind daher ebenso in der Lage, die Krim-Brücke im Rahmen eines massiven kombinierten Angriffs zu zerstören, so wie es die deutschen Luftwaffenoffiziere modelliert hatten. Laut eines Berichts der *New York Times* vom Donnerstag der laufenden Woche ist das erklärte Ziel der Lieferung von Raketen mit größerer Reichweite wie ATACMS an die Ukraine, "mehr Druck auf die Krim auszuüben, wo Russland im Moment einen relativ sicheren Zufluchtsort hat". Die *NYT* beruft sich dabei auf einen namentlich nicht genannten Pentagon-Beamten.

Die ATACMS-Raketen, die eine Reichweite von bis zu 300 Kilometern haben sollen, wurden im Rahmen eines von US-Präsident Joe Biden Mitte März genehmigten Waffenpakets im Wert von 300 Millionen US-Dollar an die Ukraine geliefert. Am Mittwoch bestätigte auch der Nationale Sicherheitsberater im Weißen Haus Jake Sullivan diese Lieferung. US-Vertreter weigern sich jedoch, die genaue Modifikation und Reichweite der gelieferten Waffen offiziell zu kommentieren.

Auch der britische *Guardian* meldete Anfang April, die Ukraine werde "in der ersten Jahreshälfte 2024" die Krim-Brücke angreifen und zerstören. Der Chef des ukrainischen Militärgeheimdienstes GUR, Kirill Budanow, hatte zuvor mit einer "ernsthaften Operation" gegen die Krim gedroht. In einem *ARD*-Interview, in dem sich der *Tagesschau*-Reporter Wassili Golod geradezu empört darüber zeigte, dass die Krim-Brücke noch steht, bestätigte Budanow Anfang April, dass man an ihrer Zerstörung "arbeite".

* * *

Putin als neuer Hitler: Polens Außenminister warnt Deutschland vor russischem Angriff

<https://dert.tech/europa/204099-putin-als-neuer-hitler-polens/>

28.04.2024

Wie einst Hitler, werde sich Putin nicht mit der Invasion eines einzigen Landes zufriedengeben, so der polnische Außenminister Radosław Sikorski. Daher sei ein Angriff auf die NATO wahrscheinlich, wenn die Russen nicht in der Ukraine gestoppt werden. Um das zu erreichen, müsse Deutschland endlich Taurus-Raketen liefern, fordert der Pole.

In einem Interview mit der *Bild* wurde Polens Außenminister Radosław Sikorski seiner Rolle als Scharfmacher im Ukraine-Konflikt erneut gerecht. Darin warnt er insbesondere Deutschland vor einem russischen Angriff auf NATO-Gebiet.

"Die deutschen Politiker scheinen zufrieden zu sein, dass Russland erst in vier bis fünf Jahren bereit sein wird und bis dahin wird Deutschland bereit sein. Aber der Punkt ist, dass Russland, bevor es nach Deutschland kommt, einige andere Länder erreichen muss."

Sikorski meint damit natürlich sein eigenes Land und die baltischen Staaten. Von einem russischen Angriff auf Polen wäre man "überhaupt nicht überrascht", obwohl Russland "dann verlieren [würde], weil wir als Westen weitaus mächtiger sind als Russland", zeigt sich der Minister überzeugt.

Russlands Präsident Wladimir Putin bezeichnete Behauptungen über einen möglichen Angriff auf NATO-Gebiet als "völligen Unsinn". Auch Verteidigungsminister Sergei Schoigu bekräftigte jüngst, dass Russland kein Interesse daran habe, die NATO anzugreifen.

Laut Sikorski, der das Amt bereits von 2007 bis 2014 innehatte und vergangenen Monat die Verbündeten zu einer "asymmetrischen Eskalation" im Konflikt mit Russland aufrief, gebe es aber nur eine Wahl: "Entweder haben wir eine besiegte russische Armee außerhalb der Grenzen der Ukraine oder eine siegreiche russische Armee an der Grenze zu Polen."

Wie schon Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius vor zwei Wochen, vergleicht Sikorski den russischen Präsidenten mit Adolf Hitler: "*Und was Putin dann tun würde, ist das, was Hitler mit der Tschechoslowakei gemacht hat, er würde die Industrie und die Menschen in der Ukraine nehmen und sie mobilisieren, um weiterzumachen*". Daher sei es besser, "Putin in der Ukraine aufzuhalten, 500 bis 700 Kilometer östlich von hier".

Auf Kriegsfuß mit der Wahrheit

Während die Stimmen im Westen immer lauter werden, die vor einem drohenden Zusammenbruch der ukrainischen Armee und Niederlage Kiews warnen, bemüht sich Sikorski, ein optimistischeres Bild der Lage zu zeichnen – allerdings muss er zu diesem Zweck die Wahrheit gehörig verbiegen.

So habe die Ukraine "im vergangenen Jahr 50 Prozent des zuvor besetzten Territoriums zurückerobert". Doch dabei handelt es sich um reines Wunschdenken. So musste *Foreign Affairs* feststellen: "*Trotz der viel gepriesenen Gegenoffensive der Ukraine hat Russland im Laufe des Jahres 2023 tatsächlich mehr Territorium gewonnen als die Ukraine*." Und auch eine Analyse der monatlichen Geländegewinne der *New York Times* zeigt, dass Russland mehr Territorium erobert hat als die ukrainische Armee.

Und auch die zweite von Sikorski angeführte ukrainische Erfolgsgeschichte ist zweifelhaft: "Was meiner Meinung nach jedoch nicht ausreichend beachtet wurde, ist, dass die Ukraine die Schlacht am Schwarzen Meer tatsächlich gewonnen hat. Putin versuchte, die Ukraine, Europa und Afrika zu erpressen, indem er die Durchfahrt der Schiffe stoppte. Die Ukraine exportiert jetzt fast so viel Getreide wie zuvor über den Bosphorus."

Tatsächlich hat die Ukraine der russischen Schwarzmeerflotte schmerzliche Verluste zufügen können. Doch die Annahme, dass Russland nicht in der Lage wäre, vor seiner eigenen Haustüre Frachtschiffe zu versenken, ist absurd. Moskau greift aber keine Getreideschiffe an und lässt sie passieren.

In diesem Zusammenhang sollte nicht unerwähnt bleiben, dass *Reuters* jüngst berichtete, dass ein unter türkischer Vermittlung ausgehandeltes Abkommen über die Sicherheit der Handelsschifffahrt im Schwarzen Meer in "allerletzter Minute" gescheitert sei, weil sich die Ukraine "plötzlich zurückzog".

Laut dem Text, der *Reuters* vorliegt, habe Ankara Vereinbarungen mit Kiew und Moskau getroffen, um die freie und sichere Schifffahrt im Schwarzen Meer zu gewährleisten. Beide Länder hätten Sicherheitsgarantien abgegeben und sich verpflichtet, nicht-militärische Schiffe nicht anzugreifen, zu beschlagnahmen oder zu durchsuchen. Für Kriegsschiffe oder zivile Schiffe mit militärischer Fracht hätte die Vereinbarung demnach nicht gegolten.

Aufruf zur Eskalation

Näher an der Realität liegt Sikorski mit seiner Einschätzung, dass es keine Anzeichen für eine Bedrohung durch russische Atomwaffen gebe – warum sollte Moskau auch angesichts der Fortschritte auf dem Schlachtfeld den Einsatz einer solchen Massenvernichtungswaffe überhaupt in Erwägung ziehen?

Sikorski macht für seine Einschätzung, dass es nicht zu einem Atomwaffeneinsatz durch die Russen kommt, jedoch vor allem die "starke Abschreckung" seitens der USA verantwortlich: *"Ich weiß auch, was in den Zeitungen stand. Dass die Vereinigten Staaten Russland sehr nachdrücklich gesagt haben, dass Amerika seine konventionellen Streitkräfte einsetzen würde, um jedes russische Ziel in den besetzten Gebieten der Ukraine zu zerstören, wenn sie eine Atombombe explodieren lassen würden."*

Im *Bild*-Interview ließ der polnische Außenminister nicht die Gelegenheit aus, dem Bundeskanzler erneut ins Gewissen zu reden. Olaf Scholz müsse seine Meinung bezüglich der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern ändern und sich ein Beispiel an Washington nehmen: "Die Vereinigten Staaten haben Langstreckenraketen an die Ukraine geliefert. Die berühmten ATACMS-Raketen mit einer Reichweite von 300 Kilometern. Und ich hoffe, Ihr Kanzler weiß zu schätzen, dass es eine Reaktion auf die drastische russische Eskalation ist."

Putin reagiere nur "auf Druck" und auf die "härtesten Argumente der rohen Macht". "Wir haben Deutschland davor gewarnt, zum Beispiel bei Nord Stream, und damals hat man uns nicht zugehört."

Dass Sikorski in diesem Zusammenhang Nord Stream erwähnt, lässt sich nur als besonders dreist bezeichnen. Hat er doch unmittelbar nach der Sprengung der Pipelines im September 2022 mit seinem berüchtigten "Thank you, USA" zu verstehen gegeben, dass er Washington hinter der Sabotage vermutet.

Dass er Washington zumindest mitverantwortlich für die Sabotage macht, bekräftigte Sikorski vor einem Monat, indem er behauptete, dass die USA von der bevorstehenden Sprengung der Nord-Stream-Pipelines gewusst und nichts dagegen unternommen haben. Es gebe daher "viel, wofür man [den USA] dankbar sein" könne.

Die Freude über den größten Terroranschlag auf deutsche Infrastruktur seit dem Zweiten Weltkrieg steht guten Beziehungen zu Berlin offenbar nicht im Weg. So heißt es in der *Bild*: *"Sikorski trifft in der kommenden Woche Außenministerin Annalena Baerbock, die beiden verstehen sich gut."*

* * *

Ukrainischer Soldat: "Niemand mehr bereit, den Streitkräften der Ukraine beizutreten"

<https://dert.tech/europa/204179-ukranischer-soldat-keiner-bereit-ukrainischen/>

29.04.2024

Die Flucht vor dem Wehrdienst in der Ukraine hat extreme Formen angenommen, sagt ein Soldat, der im berüchtigten neonazistischen Asow-Regiment dient. Die Menschen "tun alles, was ihnen einfällt", um dem Wehrdienst zu entgehen, einschließlich "über die TheiB zu schwimmen und sich dort zu ertränken".

Die Wehrdienstverweigerung in der Ukraine hat extreme Formen angenommen, so ein Soldat des berüchtigten neonazistischen Asow-Regiments gegenüber dem lokalen Nachrichtensender *TSN*. "Buchstäblich niemand" sei bereit, an die Front zu gehen, äußerte der Soldat.

Der Mann, der nur mit seinem Kampfnamen "Niko" bezeichnet wurde, sagte, er kämpfe trotz seiner Verletzung und des Verlusts seines Beins auf dem Schlachtfeld weiter, weil es einfach niemanden gebe, der ihn ersetzen könne. Er erklärte *TSN*:

"Heutzutage ist niemand mehr bereit, den Streitkräften der Ukraine beizutreten."

Die Menschen "tun alles, was ihnen einfällt", um der Wehrpflicht zu entgehen, einschließlich "über die TheiB zu schwimmen und sich dort zu ertränken", sagte der Soldat. Er bezog sich dabei auf jüngste Berichte über Dutzende von Männern, die bei dem Versuch, aus der Ukraine zu fliehen und der Einberufung zu entgehen, im Rahmen des Konflikts zwischen Moskau und Kiew ihr Leben verloren.

Im März meldete der ukrainische Grenzschutz den 22. Todesfall durch Ertrinken in der TheiB seit Beginn des Konflikts im Februar 2022. Der Fluss an der ukrainischen Grenze zu Rumänien wird zunehmend von Menschen überquert, die ins Ausland fliehen wollen.

Der Asow-Kämpfer zeigte jedoch wenig Mitgefühl für die Ertrunkenen und erklärte, sie hätten stattdessen wie "wahre Krieger" kämpfen und sterben sollen. "Geh und stirb wie ein echter Mann ... anstatt wie eine Ratte zu ertrinken", sagte er gegenüber *TSN*.

Zuvor hatte der Befehlshaber der ukrainischen Landstreitkräfte, General Alexandr Pawljuk, diejenigen kritisiert, die Mitgefühl für tote Wehrdienstverweigerer zeigen. Diese öffentlichen Sympathiebekundungen unterminieren die Einberufungsbemühungen und spielen Russland in die Hände, erklärte der General Ende März. Er fügte hinzu, dass die Kritik an den Einberufungsbemühungen "den Hauptpunkt ignoriert: dass es für Männer illegal ist, sich ihrer verfassungsmäßigen Pflicht zur Verteidigung der Ukraine zu entziehen".

Die Verweigerung der Einberufung wird für Kiew immer dringlicher. Viele versuchen, illegal aus dem Land zu fliehen. Nach Schätzungen der *BBC* wurden bis August 2023 rund 20.000 Menschen über die Grenze geschmuggelt. Der Sender berichtete auch, dass täglich Versuche illegaler Grenzübertritte stattfanden.

Die Reaktionen der ukrainischen Behörden auf diese Versuche sind immer schärfer geworden. Von ukrainischen Medien im März veröffentlichte Videos zeigen, wie Grenzbeamte Dutzende von Männern brutal verprügeln, die beim Versuch, nach Rumänien zu gelangen, festgenommen wurden. Der Grenzschutz bestätigte die Festnahme, indem er Fotos veröffentlichte, auf denen die Männer vor den Sicherheitskräften auf den Knien liegen.

Im April unterzeichnete der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij ein neues Mobilisierungsgesetz. Damit wurden strenge Wehrpflichtbestimmungen eingeführt, die auch Geldstrafen für Wehrdienstverweigerung vorsehen. Die Polizei kann mutmaßliche Wehrdienstverweigerer auch zwangsweise zu einem Einberufungsbüro bringen, wenn sie nach Erhalt eines Einberufungsbescheids nicht erscheinen.

Die Maßnahmen wurden in Anbetracht der schweren Verluste der Ukraine in dem Konflikt ergriffen. Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu erklärte im April, Kiew habe seit Beginn der Feindseligkeiten fast 500.000 Soldaten verloren.

Selenskij behauptete im Februar, dass in den zwei Jahren des Konflikts 31.000 Soldaten getötet worden seien. Nach Angaben der *Washington Post* wurden die tatsächlichen Zahlen vom ukrainischen Präsidenten "stark heruntergespielt", um die laufende Mobilisierung nicht zu stören. Im Dezember vergangenen Jahres sagte Selenskij, das Militär habe ihn um die Mobilisierung von 500.000 zusätzlichen Soldaten gebeten.

* * *

"Vorwurf der Propaganda grundlos" – Russisches Haus in Berlin verklagt Tagesspiegel

<https://dert.tech/inland/204246-vorwurf-propaganda-ist-grundlos-russische-haus-berlin-verklagt-tagesspiegel/>

30.04.2024

Das Russische Haus lässt die Schmähattacken in der Presse nicht auf sich beruhen und hat den Tagesspiegel verklagt. Die Zeitung "rächt sich" mit einer weiteren Publikation, die dem Hass gegen das Kulturinstitut freien Lauf lässt. Auch die FAZ fühlt sich zur Teilnahme an dieser neuen Kampagne berufen.

Das Russische Haus in Berlin hat vor dem Hamburger Landgericht eine Unterlassungsklage gegen den Tagesspiegel wegen der Verbreitung unzutreffender Informationen eingereicht. Das teilte der Direktor des Russischen Hauses, Pawel Izwolskij, der Agentur *TASS* auf Anfrage mit.

"Unsere Anwälte haben am 14. April eine Klage gegen die Publikation eingereicht, die am 1. Oktober letzten Jahres erschienen ist. Darin wird der Leser in die Irre geführt, indem sie behauptet, das Russische Haus stehe auf der Sanktionsliste", sagte Izwolskij. "Das ist nicht wahr, das Russische Haus steht nicht auf der Sanktionsliste", erklärte Leiter des Russischen Hauses.

Darüber hinaus beschuldigt *Der Tagesspiegel* das Russische Haus "Propaganda" zu verbreiten. Dieser Vorwurf sei grundlos. "Diese Anschuldigungen entbehren jeglicher Grundlage", betonte Izwolskij und fügte hinzu, dass sich jeder auf der Webseite des Russischen Hauses oder im Russischen Haus selbst über dessen Programm informieren könne.

Um dies zu beweisen, erklärte Izwolskij, habe das Russische Haus die Zeitung verklagt. "Wir hoffen, dass dieser Prozess in naher Zukunft stattfinden wird", betonte er. Seiner Meinung nach habe *Der Tagesspiegel* nach dem Erhalt der Klageschrift wahrscheinlich beschlossen, sich bereits auf den Prozess vorzubereiten und weiterhin auf seiner Position zu beharren. "Das ist der Grund für die Veröffentlichung der Zeitung am 23. April", fasste Izwolskij zusammen.

Er betonte, dass sich weder *Der Tagesspiegel* noch andere deutsche Medien an das Russische Haus für eine Stellungnahme gewandt hätten. "Wir erwägen nun, den *Tagesspiegel* auch wegen dieser

Publikation zu verklagen", so Izwolskij abschließend.

Am 23. April veröffentlichte *Der Tagesspiegel* einen weiteren Schmäh-Artikel unter dem Titel "Putins Propaganda-Hotspot verstößt laut Behörden gegen EU-Sanktionen". Unter Berufung auf eigene Quellen behauptete die in Berlin ansässige Zeitung, dass die deutschen Behörden weiterhin gegen die Finanzierung des Russischen Hauses in Berlin ermittelten. Das Kulturinstitut sei eine "Außenstelle des Propaganda-Apparats von Präsident Putin". Die Finanzierung des Russischen Hauses in der Friedrichstraße werteten die Behörden nach *Tagesspiegel*-Informationen als "Straftat". An den angeblichen Ermittlungen sei neben der Staatsanwaltschaft auch die Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung beim Zoll beteiligt.

Die Berliner Staatsanwaltschaft antwortete auf eine Anfrage der *TASS*, dass das Verfahren gegen die Leitung des Russischen Hauses eingestellt worden sei, die Staatsanwaltschaft aber weiterhin in der Sache ermittle. In der Zentralstelle für die Durchsetzung von Sanktionen hat man sich gegenüber der *TASS* noch nicht zu dieser Information geäußert.

Im Januar 2023 waren Vorermittlungen zu den Aktivitäten des Russischen Hauses bekannt geworden. Wenige Tage später wurden sie aufgrund des diplomatischen Status der Leitung des Hauses aber wieder eingestellt. Das Russische Haus in Berlin wurde 1984 als "Haus der Sowjetischen Wissenschaft und Kultur" eröffnet. Seine Arbeit zielt darauf ab, die kulturellen, humanitären, wissenschaftlichen und bildungspolitischen Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Bundesrepublik Deutschland zu entwickeln, Russen in Deutschland zu unterstützen und die russische Kultur und Sprache zu popularisieren.

Auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* hat im April einen gegen das Russische Haus gerichtete Schmäh-Artikel veröffentlicht. Darin behauptete ein ukrainischer Journalist, das Russische Haus lasse in einer Buchhandlung Militärspielzeug verkaufen, dass "russische Mörder und Vergewaltiger" verherrliche. Die erst vor wenigen Monaten eröffnete Buchhandlung habe mit dem Russischen Haus nichts zu tun, deren Betreiber stammten aus einem EU-Land, teilte die Presse-Stelle des Russischen Hauses auf *RT*-Anfrage mit. Der Buchladen miete beim Russischen Haus einen Raum im Erdgeschoss und habe einen separaten Eingang. Vormieter war ein Kleidungsgeschäft.

Laut einem Bericht der Zeitung *Junge Welt*, deren Korrespondentin die vom Russischen Haus angebotenen Sprachkurse besucht hat, gibt es allein bei dem Auffrischkurs Russisch mehr als 30 Teilnehmer, die aus vielen Ländern der Welt kommen. Nach wie vor bietet das Russische Haus zudem zertifizierte Intensiv- und Kinderkurse an. Auch das Kinoprogramm sei inzwischen wieder gut aufgestellt. In stets ausgebuchten Sälen werden neben altbekannten Sowjetklassikern auch heutige russische Kassenschlager gezeigt – mit englischen Untertiteln und kostenlos. Ausstellungen bringen dem interessierten Publikum das Leben und Wirken russischer Komponisten und anderen Kulturgrößen nahe.

Trotzdem, oder vielleicht gerade deswegen, hat das Russische Haus in der heutigen Bundesrepublik viele Feinde, die jeglichen Kulturaustausch mit Russland im Keim ersticken wollen. Doch trotz der anhaltenden Hassattacken bleibt das in Berlin-Mitte prominent gelegene Kulturinstitut auch im 40. Jahr seines Bestehens weiterhin ein wichtiger Ort für tausende Menschen.

* * *

Dnjepr-Flottille erhält Luftunterstützung

<https://dert.tech/russland/204285-dnjepr-flottille-erhaelt-luftunterstuetzung/>

01.05.2024

In Südrussland werden die Wassergrenzen weiter verstärkt. Die Dnjepr-Militärflottille erhält amphibische Angriffshubschauber, ein Marine-Infanteriebataillon und eine Küstenraketen-division. Laut Experten erhöhen diese Veränderungen nicht nur das Verteidigungs-, sondern auch das Offensivpotenzial der Flotte.

Von Jewgeni Posdnjakow

Der wiederbelebten Dnjepr-Militärflottille werde man Hubschauber mit Amphibienausrüstung zur Verfügung stellen, meldete die TASS. Nach Angaben einer TASS-Quelle werde über die Übergabe dieser Luftfahrzeuge an die Flottille prioritär entschieden. Darüber hinaus könnten ein Marine-Infanteriebataillon und eine Küstenraketen-division "mit Perspektive auf Erweiterung" hinzukommen.

"Der Prozess der Errichtung der Dnjepr-Flottille ist seit Anfang des Jahres im Gange", so die TASS-Quelle. Dem Informanten zufolge sollen diese Einheiten aus den Truppen der Kaspischen Flottille sowie der Schwarzmeer- und Ostseeflotte gebildet werden. Somit werde diese neue Marineformation in absehbarer Zeit die notwendige Waffen- und Ausrüstungsverstärkung erhalten können.

Anfang April berichtete TASS unter Berufung auf seine Quellen, dass die Dnjepr-Flottille auf den Schnellbooten 1204 "Shmel" und 1206 "Kalmar" basieren wird, die mit einem Schutz gegen Drohnen ausgestattet werden sollen. Beide Schnellboote sind für den Einsatz in seichtem Wasser ausgelegt und können sich selbständig aus Untiefen befreien.

Die Errichtung der Dnjepr-Flottille wurde am 20. März vom russischen Verteidigungsminister Sergei Schoigu angekündigt. Wiktor Krawtschenko, der ehemalige Chef des Hauptstabs der russischen Marine, erklärte, dass zunächst Artillerieboote in die neue Flottenformation überführt werden sollten.

Des Weiteren ist geplant, die Flottillenstreitkräfte in Zukunft mit einer Brigade kleiner Raketenschiffe, Flussminenräumer, Marinesoldaten und Küstenraketen-einheiten auszustatten. Als Hauptaufgabe der Flottille bezeichnete er, "im Zusammenwirken mit den Heereskräften und der Schwarzmeerflotte die Bezwingung des Dnjepr mit dem Endziel der Befreiung der russischen Heimatstädte Otschakow, Odessa, Cherson und Nikolajew sicherzustellen."

Ein weiteres wichtiges Ziel bei der Errichtung dieser neuen Formation war es laut Krawtschenko, die ukrainischen Streitkräfte daran zu hindern, den Dnjepr in seinem Unterlauf zu bezwingen. Einigen Quellen zufolge soll der Rang des Kommandeurs dieser Formation der eines Vizeadmirals sein.

Auch russische Militärexperten begrüßten die Nachricht von der Wiederbelebung der berühmten Flottille. Die Zeitung *Wsgljad* ging ausführlich auf die Bedeutung dieses Ereignisses ein. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Flottille die Effektivität der gegnerischen Aktionen in der Region deutlich einschränken und ihr eigenes Offensivpotenzial für künftige Fortschritte ausbauen werde.

Viele Experten sagten bereits im Herbst 2022 voraus, dass Russland um den Dnjepr kämpfen werde. Seither bleibt der Unterlauf des Dnjepr die Kampflinie. Schon lange betrachtete die ukrainische

Führung ihre Präsenz in diesem Gebiet als Garantie für eine Offensive gegen die Krim.

Die Informanten stellen außerdem fest, dass der Feind derzeit keine eigene Produktion von Hubschraubern hat und dass die westlichen Luftfahrzeuglieferungen begrenzt sind. Daher wird die Dnjepr-Flottille künftig an den südlichen Frontgrenzen einen spürbaren Vorteil erlangen, vorausgesetzt, die gegnerischen Luftabwehrsysteme werden aktiv beseitigt.

"Meiner Meinung nach sollte die Dnjepr-Flottille in erster Linie offensive Operationen durchführen. In diesem Zusammenhang sollte der Korridor zwischen Otschakow und Nikolajew das wichtigste Einsatzgebiet der Formation sein. Operationen in diesem Gebiet werden es ermöglichen, die ukrainischen Streitkräfte von der Flanke her anzugreifen und frontale Zusammenstöße zu vermeiden", sagte Maxim Klimow, Kapitän im dritten Rang der Reserve.

"Um diese Aufgaben zu erfüllen, benötigt die Flottille eine starke Luftfahrzeugkomponente. Hubschrauber werden in der Lage sein, den Schnellbooten Feuerunterstützung zu geben, wodurch das Potenzial der russischen Streitkräfte in dieser Region erheblich verstärkt wird. Die Modelle Mi-14 sowie die mit Radarsystemen modernisierten Ka-27 oder Ka-29 werden sich für die Realisierung offensiver Ziele eignen", betonte der Gesprächspartner.

"Und was die Schnellboote betrifft, so sollten sie auf die Durchführung kurzzeitiger Angriffsoperationen vorbereitet sein."

"Nach einem kleinen Vorstoß müssen sie getarnt werden, andernfalls könnte der Feind die Schnellboote versenken. Außerdem muss berücksichtigt werden, dass sie nicht nur auf dem Fluss operieren müssen", erklärte der Experte. Und Klimow führte weiter aus:

"Zur Interessenssphäre der Dnjepr-Flottille werden auch die landwärtigen Gebiete des Schwarzen Meeres gehören. Es handelt sich nicht um ein Tiefseegebiet. Daher wird es äußerst problematisch sein, Kriegsschiffe hierher zu bringen. Dem müssen wir Rechnung tragen und genau diejenigen Transportmittel vorbereiten, die für die vorhandenen Bedingungen geeignet sind."

"Selbstverständlich sind offensive Operationen nicht ohne ein Bataillon Marinesoldaten möglich. Sehr wahrscheinlich wird es im Rahmen der ersten Amphibienangriffe eingesetzt werden. Diese Kämpfer werden mit der entsprechenden Professionalität in der Lage sein, unserem Feind eine Menge Probleme zu bereiten und für ausreichende Spannung an den Flanken zu sorgen", glaubt der Informant. Und er fügt hinzu:

"Die Raketendivision wird ihrerseits als Feuerunterstützung für die angreifenden Hauptkräfte dienen. Mit allen diesen Mitteln ist es natürlich möglich, auch die Verteidigung durchzuführen. Die Verteidigung des Dnjepr wird eine wichtige Aufgabe der neuen Formation sein, aber das Haupteinsatzgebiet sollte weiterhin die Offensive sein."

"Das Wichtigste an den oben genannten Änderungen ist die Intensivierung der Luftunterstützung der Flottille, meint seinerseits Wassili Dandykin, Kapitän im ersten Rang der Reserve. "Hubschrauber werden die Landung von Luftlandtruppen und die Feuerunterstützung für die Marinesoldaten wesentlich erleichtern. Ich denke, all dies wird die Situation in den südlichen Gebieten verändern."

"Wir sollten jedoch nicht diejenigen Schiffe aus den Augen verlieren, die auch in der Lage sein werden, die notwendigen Kräfte entlang des Flusses zu verlegen und den Dnjepr-Raum zu bezwingen. Große Transporter können in dieser Region nicht platziert werden, also sollten wir uns

an Schiffe des vierten Ranges wenden. Vielleicht werden auch einige Schiffe dritten Ranges in der Lage sein, den Bedingungen des Gebietes gerecht zu werden", betonte der Informant.

"Im Zusammenspiel können Luftfahrzeuge und Schnellboote einen wesentlichen Unterschied in den Flussgebieten ausmachen. Professionelle Marinesoldaten werden dank dieser Mittel in der Lage sein, bei Bedarf eine Offensive zu führen, und die Raketendivision wird zu einem sicheren Unterstützungsmittel für angreifende Einheiten. Diese Streitkräftekonfiguration wird für die russischen Truppen in dieser Region einen erheblichen Vorteil darstellen", so der Experte. Dandykin fasste zusammen:

"Das Einsatzgebiet der Dnjepr-Flottille könnte sich theoretisch als äußerst vielfältig erweisen. Natürlich wird die Hauptaufgabe die Verteidigung des Flussraums sein, aber was das Angriffspotenzial angeht, ist nicht ausgeschlossen, dass diese Formation in Zukunft die Donauufer erreichen kann. Das Angriffspotenzial könnte enorm sein."

* * *

Exilpolitiker Medwedtschuk: Hintermänner der Tragödie von Odessa 2014 sind bekannt

<https://dert.tech/europa/204521-exilpolitiker-medwedtschuk-hintermaenner-tragoedie-vor/>
02.05.2024

Der ukrainische Exilpolitiker Wiktor Medwedtschuk hat sich anlässlich des zehnten Jahrestags über die Organisatoren der Brand-Tragödie in Odessa im Jahr 2014, über die mögliche Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland und das Schicksal von Wladimir Selenskij ausgesprochen.

Heute jährt sich zum zehnten Mal die Tragödie in der südukrainischen Hafenstadt Odessa, bei der 48 Menschen ums Leben gekommen sind. Der Chef der Bewegung "Die andere Ukraine" und der ehemalige Vorsitzende der in der Ukraine verbotenen Partei "Oppositionsplattform – Für das Leben", Wiktor Medwedtschuk, hat in einem Interview mit TASS die Organisatoren und Täter der Tragödie im Gewerkschaftshaus von Odessa genannt und Fragen zur Zukunft der Ukraine und zum Schicksal von Selenskij beantwortet.

Die Unruhen in Odessa am 2. Mai 2014 seien ein von Kiew geplanter Akt der Einschüchterung, für den der damals stellvertretende ukrainische Präsident Alexander Turtschinow die gesamte Verantwortung tragen sollte. Medwedtschuk erklärte: "Unter dem Vorsitz von Turtschinow fand zehn Tage vor der Tragödie ein Treffen statt, um den Massenmord an den Gegnern des Staatsstreichs in Odessa vorzubereiten." Laut Medwedtschuk nahmen an der Diskussion der ehemalige Innenminister Arsen Awakow, der Chef der ukrainischen Sicherheitsdienste Walentin Naliwaitschenko, der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates Andrei Parubi und der Leiter der Gebietsverwaltung Dnjepropetrowsk Igor Kolomoiski teil. Awakow, Parubi, Kolomoiski und Igor Paliza organisierten den Transport der Täter nach Odessa, so Medwedtschuk. Er wies darauf hin, dass Igor Paliza den Posten des Gouverneurs der Region Odessa für die "erfolgreiche" Durchführung der Aktion erhalten habe.

Am 2. Mai 2014 haben Anhänger der ukrainischen rechtsextremen Partei "Prawy Sektor" (eine in Russland als extremistisch anerkannte und verbotene Organisation) und Vertreter der Bewegung "Selbstverteidigung des Maidan" aus Kiew in Odessa einen Marsch "Für die Einheit der Ukraine" organisiert. Dabei kam es zu Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern der proeuropäischen Politik der ukrainischen Regierung. Die letzten suchten im Haus der Gewerkschaften Zuflucht. Die Euromaidan-Anhänger zündeten das Gebäude an und schossen auf

die Fenster. Das Feuer breitete sich schnell auf alle Etagen aus. Infolge der Unruhen kamen nach offiziellen Angaben 48 Menschen ums Leben, 247 wurden verletzt.

Der Chef der Bewegung "Die andere Ukraine" betonte, dass alle Organisatoren streng bestraft werden sollten und ihre Verbrechen nicht verjähren dürften. Er wies darauf hin, dass diese Täter von ausländischen Kräften kontrolliert worden seien. Sie regieren die Ukraine immer noch durch Selenskij. Genau diese Kräfte, "der kollektive Westen, vor allem die USA", seien an der Fortsetzung des Krieges in der Ukraine interessiert. "Der US-amerikanische militärisch-industrielle Komplex profitiert vom Tod Hunderttausender Ukrainer", so der Politiker.

Was den ukrainischen Präsidenten betrifft, erklärte Medwedtschuk, dass Selenskij ab dem 21. Mai kein legitimer Präsident mehr sein könne. In der Ukraine sollten die Präsidentschaftswahlen am 31. März 2024 stattfinden. Laut der Verfassung finden diese am letzten März-Sonntag des Jahres statt, in dem die Amtszeit eines Präsidenten endet. Die Amtszeit von Selenskij läuft am 20. Mai ab, aber die Wahl wurde nicht angesetzt. Seit dem 24. Februar 2022 befindet sich das Land im Kriegszustand. Dies verbietet jegliche Änderungen der Verfassung, Wahlen des Präsidenten, der Rada und der lokalen Selbstverwaltungsorgane. Die Wahlen dürfen erst nach Aufhebung des Kriegsrechts wiederaufgenommen werden. Medwedtschuk fügte hinzu: "Das Problem besteht nicht nur darin, dass Selenskij ab dem 21. Mai kein legitimer Präsident ist, sondern auch, dass die Ukraine bereits ihre Staatlichkeit verloren hat."

In Bezug auf die Zukunft des Landes erklärte der Politiker, dass die Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland innerhalb von zehn Jahren unbedingt erfolgen werde. Die beiden Länder bauten einen gemeinsamen Staat, sei es das Moskauer Zarentum, das Russische Reich oder die Sowjetunion. Er betonte, dass das Land "genetisch" mit Russland verbunden sei und diese Verbindung nur durch die Vernichtung des gesamten Volkes zerstört werden könne.

* * *

Analyse

Wie der erbeutete Leopard-Panzer Russlands Waffentwicklern hilft

<https://dert.tech/russland/203745-wie-erbeutete-leopard-panzer-russlands/>

26.04.2024

Kürzlich machte ein Video die Runde, das zeigt, wie russische Soldaten einen erbeuteten Leopard-2A6-Panzer abschleppen. Inzwischen wurde bekannt, dass er in einer Instandsetzungseinheit aufgearbeitet und später wohl russischen Waffentwicklern übergeben wird. Wie kann er der russischen Rüstungsindustrie helfen?

Von Alexei Sakwasin und Jelisaweta Komarowa

Das russische Verteidigungsministerium hat die Übergabe eines erbeuteten Leopard-Panzers an die Instandsetzungseinheit der Truppengruppe Mitte bekannt gegeben. An dem beschädigten Fahrzeug werden die Raupenriemen und einige Elemente der elektrischen Verkabelung ausgetauscht, danach wird über den Weitertransport entschieden.

Zuvor hatten russische Soldaten einen nahezu unversehrten Storm Shadow-Marschflugkörper in ihre Hände bekommen. Experten sind der Ansicht, dass eine eingehende Untersuchung erbeuteter westlicher Waffen ermöglichen werde, die Mittel zu ihrer Bekämpfung zu verbessern und die Kampfeigenschaften einheimischer Exemplare zu erhöhen.

Neulich tauchten in den sozialen Netzwerken Aufnahmen des Leopard 2-Transports auf. Wie die Autoren des Telegram-Kanals *Military Chronicle* andeuteten, sind die russischen Truppen weiterhin aktiv dabei, beschädigte und erbeutete westliche Ausrüstung in das Hinterland zu evakuieren. Die Evakuierung der Trophäen ist für weitere detaillierte Untersuchungen durch Spezialisten notwendig. Die Autoren des von Militärexperten betriebenen Telegram-Kanals schreiben dazu:

"Es gibt jemanden, der sich mit Leopard- und Bradley-Panzern, aber auch mit abgestürzten Raketen und abgeschossenen Drohnen befasst: Das russische Verteidigungsministerium verfügt über 27 spezialisierte Forschungsinstitute. Das 38. Forschungs- und Testinstitut für gepanzerte Waffen und Ausrüstungen wird wahrscheinlich für die Bodenkampfausrüstung der NATO-Länder zuständig sein, woraufhin entsprechende Schlussfolgerungen über die Technologie und Zuverlässigkeit von Panzern, BMPs und allem, was auf dem Boden fährt, gezogen werden."

Den Feind verstehen

Nach Angaben von Experten, die von RT befragt wurden, zeigen die Evakuierungsaufnahmen einen Leopard in der Modifikation 2A6, der vermutlich auf einer Mine explodierte und von einer Drohne des Typs "Lancet" angegriffen wurde. Diese Version des Fahrzeugs ist für die Spezialisten des russischen Verteidigungsministeriums sowie für Panzer- und Panzerabwehrkonstrukteure von Interesse. Der Militärwissenschaftler Sergei Suworow bestätigte gegenüber RT:

"Der Leopard 2A6 kann als eine sehr wertvolle Trophäe bezeichnet werden. Es ist großartig, dass es möglich war, ihn ohne Risiko zu evakuieren. Der deutsche Panzer ist vor allem wegen seiner elektronischen Ausstattung interessant: Visiere, Elemente des Feuerleitsystems. Wenn er nicht schwer beschädigt ist, können die Trophäen nützlich sein."

Generell, so der Experte, ist das Studium der Trophäen immer hilfreich, um "die Ideologie des gegnerischen Konstruktionsdenkens, die Architektur seiner technischen Lösungen" besser zu verstehen.

"In der Tat wurden westliche gepanzerte Fahrzeuge schon vor der militärischen Sonderoperation studiert. Aber uns fehlte die Möglichkeit, einige technische Lösungen, einzelne Einheiten und Mechanismen im Detail zu analysieren, sowohl erfolgreiche als auch weniger erfolgreiche", betont Suworow.

Nach Ansicht des Experten ist auch der US-Panzer Abrams für russische Spezialisten von gewissem Wert. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums haben die russischen Truppen mehrere Einheiten aus dem Verkehr gezogen. Ihre Evakuierung vom Schlachtfeld ist jedoch noch nicht gemeldet worden. Suworow dazu:

"Die beschädigten Fahrzeuge können nicht immer sofort abtransportiert werden. Der Feind kann sie oder die Zufahrten zu ihnen während des Rückzugs vermuten, kann sie beobachten und unsere Soldaten angreifen, sobald sie sich ihnen nähern. Derzeit gibt es keine Nachrichten über die Evakuierung eines Abrams, aber es könnte später noch dazu kommen."

Westliche gepanzerte Fahrzeuge sind auch unter dem Gesichtspunkt der Verbesserung der Mittel und Taktiken zu ihrer Bekämpfung von Interesse, so Militärexperte Alexander Simowskij gegenüber RT. In diesem Zusammenhang werden dynamische Schutzkomplexe, Panzerungen in der Frontalprojektion, im Heck und im Turm der Beutepanzer untersucht.

"Zumindest ist es immer sinnvoll, Panzer und gepanzerte Fahrzeuge auf einem Schießstand zu beschießen, um genauer zu verstehen, welche Waffen effektiver sind, in welchem Winkel, aus welcher Entfernung und an welcher Stelle man dieses oder jenes Projektil am besten abfeuert. Auf der Grundlage dieser Daten werden die Panzerabwehrwaffen modernisiert und aktualisierte Anweisungen für den Umgang mit feindlichen Fahrzeugen erstellt", erklärt Simowskij.

Außerdem, so der Experte, ermögliche das Studium der Verteidigung westlicher Panzer eine unvoreingenommene Beurteilung der eigenen Fähigkeiten und die Möglichkeit, Maßnahmen zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit gepanzerter Fahrzeuge zu ergreifen:

"Es ist immer nützlich, die eigenen Muster von außen zu betrachten. Meiner Meinung nach sind die heimischen Panzer den westlichen Panzern in einer Reihe von grundlegenden Eigenschaften überlegen. Aber man sollte sich darüber im Klaren sein, dass die NATO-Ausrüstung oft mit guter Elektronik, effektiven Feuerleitsystemen und leistungsstarken Motoren ausgestattet ist."

Davon abgesehen glaubt der Experte jedoch, dass westliche Panzerfahrzeuge für russische Spezialisten von geringem Wert sind. Solche Trophäen seien eher zu "Demonstrationszwecken" wichtig – es sei sinnvoll, sie als Symbol für den Triumph der russischen Armee und der heimischen Waffen auszustellen.

Verfeinern und überarbeiten

Die wichtigste Trophäe in jüngster Zeit ist nach Ansicht von Experten der europäische Marschflugkörper Storm Shadow. Ende März erbeuteten russische Soldaten ein nahezu

unbeschädigtes Exemplar. Die Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* zeigte Bilder von der Zerlegung des Flugkörpers in einzelne Elemente und Baugruppen und zitierte einen der Experten mit den Worten:

"In letzter Zeit haben wir uns intensiv mit den Storm Shadow-Marschflugkörpern befasst. Wir arbeiten an Technologien, um sie zu neutralisieren. Manchmal führt die Arbeit der Luftabwehr dazu, dass der Flugkörper nicht zerstört wird, sondern auf den Boden fällt und die Sprengköpfe zurückbleiben. Wir haben Algorithmen und ein Werkzeug zur Entschärfung der Sprengsätze entwickelt."

Über die Erbeutung einer Storm Shadow wurde bereits Anfang Juli berichtet. Nach Angaben von *Military Chronicle* wird die Untersuchung der Rakete zur Verbesserung der Gegenmaßnahmen und zur Modernisierung der russischen Raketenwaffen beitragen. Von größter Bedeutung sind für die russischen Experten das Design des Rumpfes, das die Radarsichtbarkeit der Rakete verringert, und das Zweikreisturbinentriebwerk (TRDD).

Die Rakete, schreiben die Autoren des Telegram-Kanals, sei mit einem TRI 60-30 TRDD ausgestattet, dessen Metalle und Legierungen (sowohl im kalten Teil – bei den Gebläseschaufeln – als auch im heißen Teil – am Düsenaustritt) unbeschädigt geblieben sind. Die Triebwerkskontrollsysteme wurden beim Absturz der Rakete nicht (oder nur minimal) beschädigt und sind nun für die russischen Triebwerksbauer von außerordentlichem Interesse.

Den Experten zufolge wird die Untersuchung der Merkmale des Treibstoffsystems und der Pumpen ermöglichen, "die Konstruktion heimischer Marschflugkörper – sowohl bestehender als auch künftiger – zu verfeinern oder zu überarbeiten". Von besonderem Interesse ist die elektronische Ausstattung des Storm Shadow: Flugsteuerungseinheit, Satelliten- und Trägheitsnavigationsgeräte sowie Sensoren jeder Art.

Gleichzeitig ist die führende Hohlladung des kombinierten Gefechtskopfes BROACH (The Bomb Royal Ordnance Augmented Charge) von großem Wert. Nach der Untersuchung seiner Durchschlagskraft gegen Stahlbeton, Stahl und Bodenbedeckung werden die russischen Spezialisten in der Lage sein, eine Aussage über die Wirksamkeit von Storm Shadow gegen Bodenziele zu treffen.

Laut Alexander Simowskij wird die Untersuchung der Ende März eroberten Trophäe zu bedeutenden praktischen Ergebnissen führen:

"Wir haben einen andauernden Bewegungskrieg mit dem Westen. Wir können davon ausgehen, dass einige der im Storm Shadow umgesetzten Lösungen in den Antriebssystemen unserer Raketen zum Einsatz kommen werden. Wir können auch davon ausgehen, dass unsere Luftabwehrsysteme mit neuen Algorithmen zum Abfangen von Marschflugkörpern vervollkommen werden."

In einem Kommentar wies der militärpolitische Analyst Iwan Konowalow auf die Bedeutung der Analyse verschiedener Muster westlicher Waffen und Ausrüstungen hin. Dem Experten zufolge wendet die russische Industrie wahrscheinlich bereits das sogenannte "Reverse Engineering" an:

"Wir müssen uns keine Beschränkungen auferlegen, wenn es darum geht, erfolgreiche technische Lösungen, die der Feind angewandt hat, zu integrieren oder kreativ zu verwerten. Unser Präsident hat dies sehr eloquent zum Ausdruck gebracht. Unsere Spezialisten sollten in Bezug auf Reverse Engineering keinen Einschränkungen und Barrieren unterliegen. Das Studium von Trophäen und Taktiken des westlichen Waffeneinsatzes wird mit Sicherheit zu

bedeutenden Ergebnissen führen."

In Zukunft, so der Experte, sollte Russland die Möglichkeit haben, westliche Artillerieeinheiten mit Eigenantrieb (SAU), ATACMS-Raketensysteme, HIMARS MLRS und Patriot-Flugabwehrsysteme im Detail zu studieren.

"Der Feind schont teure westliche Waffen und Ausrüstung und setzt sie nicht immer in der Nähe der Kontaktlinie ein. Unsere Armee hat Erfolge bei der Bekämpfung und beim Abfangen amerikanischer Raketen, aber es ist immer noch schwierig, fast unrealistisch, diese Proben zu bergen. Dennoch bin ich mir sicher, dass sie früher oder später in die Hände unserer Kämpfer fallen werden – entweder als vollständige Trophäen oder als Wrackteile", resümiert Konowalow.

Übersetzt aus dem Russischen.

* * *

Selenskijs größter Rivale verschwunden: Wo ist General Saluschny?

<https://dert.tech/europa/203972-selenskijs-groesster-rivale-verschwunden-wo/>

27.04.2024

Der ehemalige Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte, der Botschafter in London werden sollte, ist auf verdächtige Weise aus der Öffentlichkeit verschwunden. Selenskij scheint zu fürchten, den Konkurrenten nicht unter Kontrolle halten zu können.

Von Tarik Cyril Amar

Es gibt nur noch eine wirklich verwirrende Frage zum ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij; warum ist er immer noch im Amt? Alles andere, was ihn betrifft, ist inzwischen offensichtlich: Als selbstbesessener Schauspieler mit einem ungeheuren, aber unsicheren Ego, der leicht durch Schmeichelei zu manipulieren ist – nenne ihn Churchill und schau, was geschieht –, hat er die Rolle eines charismatischen Präsidenten gespielt, erst im Fernsehen, dann in der Wirklichkeit. Doch hat er dabei versagt, sein Land durch die Erhaltung des Gleichgewichts zwischen russischen und westlichen Interessen zu schützen, eine Aufgabe, die die Lage der Ukraine auf der Karte wie in der Geschichte unumgänglich machen.

Indem er sich auf gröbste Weise auf die Seite des Westens schlug wie kein ukrainischer Präsident vor ihm, nicht einmal Pjotr Poroschenko, hat er die nationalen Interessen der Ukraine den westlichen, insbesondere den US-amerikanischen geopolitischen, Strategien geopfert. Dank des offenkundig blinden Vertrauens Selenskijs in die westlichen Versprechen – vor allem, aber nicht nur das einer NATO-Mitgliedschaft – wurde die Ukraine in einem Versuch, Russland dauerhaft zu schädigen, als Stellvertretertruppe eingesetzt. Am Ende, und das ist nah, wird diese Strategie unrettbar gescheitert sein: Russland geht stärker denn je daraus hervor, und die Ukraine wird nicht nur für eine fremde, sondern auch für eine gescheiterte Sache ruiniert worden sein.

Wenn Sie an diesem Ergebnis zweifeln, bedenken Sie zwei Tatsachen: Selbst US-amerikanische Politiker lassen bereits in den Mainstream-Medien des Westens durchsickern (diesmal dient *Politico* als Sprachrohr), dass "einige" von ihnen daran zweifeln, dass das jüngste – und vermutlich wirklich letzte – US-Hilfspaket von etwa 61 Milliarden US-Dollar die Ukraine retten wird. Und gleichzeitig stellen sie klar, dass es im restlichen Jahr 2024 kein weiteres Geld geben wird. Rechnen Sie es aus: 2025 ist das Thema vermutlich irrelevant. Und Washington weiß das.

Also warum ist der ukrainische Politiker, der für dieses inzwischen sehr vorhersehbare Ergebnis die größte Verantwortung trägt, noch an der Macht? Die einfache Antwort lautet: Weil Selenskij ein autoritäres System errichtet hat, eine Tendenz, die er bereits vor dem russischen Angriff vom Februar 2022 deutlich zeigte und die damals viele Ukrainer laut kritisierten. Ein Ergebnis: Er hätte sich im vergangenen März Wahlen stellen müssen und entschied, es nicht zu tun. Pfeife auf die Verfassung.

Wie praktisch, denn Selenskij hat seine Aura unbesiegbarer Popularität schon lang verloren. Ebenfalls im März befand eines der wichtigsten Umfrageinstitute der Ukraine, dass er diese Wahlen verloren hätte. Und der Mann, der ihn geschlagen hätte, ist Waleri Saluschny, der populärste General der Ukraine. Saluschny diente als – übertrieben gepriesener – Oberkommandierender des Landes, von 2021 bis Februar dieses Jahres, als er von Selenskij gefeuert wurde.

Der Präsident und der General hassen sich abgrundtief; es gibt schlicht keine sanftere Formulierung dafür. Aber Selenskij's Hauptmotiv war ein verspäteter Versuch, einen sehr gefährlichen möglichen Rivalen aus dem Verkehr zu ziehen. Insbesondere, weil Saluschny natürlich in drei Richtungen vorzügliche Verbindungen hat: zu Teilen der ukrainischen Militärführung und auch zu vielen einfacheren Offizieren, zur sehr gut bewaffneten extremen Rechten der Ukraine (die sich zum Teil mit der Armee deckt) und zu Selenskij's anderem Hauptrivalen, dem ehemaligen Präsidenten Pjotr Poroschenko. "Präsident Saluschnij, Premier Poroschenko" – das war eine verbreitete Furcht oder Hoffnung, je nach Standpunkt.

Aber ein gefeuerter Saluschny war noch kein verschwundener Saluschny. Also war der Plan, den 50-Jährigen als Botschafter nach London zu schicken. Laut Dmitri Kuleba, Kiews Außenminister, war einer von Selenskij's Gründen, London für Saluschny's goldenes Exil zu wählen, dass in der britischen Hauptstadt viele diplomatische Vertretungen des Globalen Südens zu finden sind. Ein cleverer Schachzug: Die Länder des Globalen Südens haben sich weitgehend nicht an die Seite des Westens und der Ukraine gestellt, und die ukrainische extreme Rechte, der Saluschny gelegentlich seine Zuneigung und sein Wohlwollen signalisiert hat, schließt Hardcore-Anhänger weißer Überlegenheit mit ein. Womöglich gönnte sich der ehemalige Komiker im Präsidentenbüro einen praktischen Witz.

Saluschny ist aber nicht ins Vereinigte Königreich aufgebrochen. In den letzten Tagen geschahen zwei Dinge. Zuerst gab es Gerüchte, die nach wie vor unbestätigt sind, er befinde sich in Wirklichkeit in einer Art Hausarrest. Dann beeilte sich die ukrainische Regierung zu erklären, dass er, endlich, bald abreisen werde, und dass natürlich nichts an der langen Verzögerung seltsam sei. Der General, den der Präsident so sehr hasst – und fürchtet – habe sich eine Auszeit genommen, die Formalitäten mit den Briten hätten Zeit gebraucht und, zu guter Letzt, unterziehe sich der stämmige General jetzt einem Crashkurs in Diplomatie im Außenministerium – eine weitere brüllend komische Idee.

Wir werden wohl nie erfahren, warum es so lange gedauert hat, Saluschny fortzuschicken. Einige Beobachter spekulierten, der Westen habe Selenskij erpresst: Erst verabschiedest du ein neues Mobilisierungsgesetz, um mehr ukrainisches Kanonenfutter in den Stellvertreterkrieg zu schaufeln, dann geben wir die 61 Milliarden US-Hilfen an dich frei und lassen dich deine Nemesis nach London verschiffen. Derzeit auch das nur Gerüchte.

Wir wissen jedoch etwas anderes: Vor weniger als einem Monat veröffentlichte *Politico* einen langen Artikel, der auf anonymen Aussagen ukrainischer Offiziere beruhte, die dem ehemaligen Oberkommandierenden nahestanden. Ihre Quintessenz war, dass die militärische Lage der Ukraine verzweifelt sei und dass selbst die Freigabe des US-Hilfspakets – zu jener Zeit im Sumpf des Kapitols gefangen und mit ungewisser Zukunftserwartung – die Dinge nicht wenden werde.

Wie einer von ihnen es formulierte, gibt es "nichts, das der Ukraine jetzt helfen kann, weil es keine ernsthaften Technologien gibt, die für die Ukraine die ungeheuren Truppenmengen ausgleichen, die Russland auf uns loslassen wird. Wir haben diese Technologien nicht, und der Westen hat sie auch nicht, nicht in ausreichender Zahl". Andere erkannten die russische Raffinesse und Anpassungsfähigkeit an und verwiesen klar auf die Tatsache, dass die Ukraine nicht nur militärisch, sondern auch politisch in der Krise sei.

In jenem Moment sah es Kiew natürlich gern, dass das Leid der Ukraine deutlich gemacht wurde, schließlich diente es dazu, die USA – und andere – davon zu überzeugen, mehr Hilfe freizugeben. Aber aus dem gleichen Grund war es offensichtlich verboten zu sagen, dass es auf jeden Fall zu spät war. Also worum ging es wirklich in jenem Artikel in Politico? Reiner Defätismus einer Gruppe von Offizieren, die ihrem früheren Kommandeur gegenüber loyal (und unter seinem Nachfolger entweder ohne Job, degradiert oder schlicht in einer Wolke der Missgunst) waren? Unwahrscheinlich. Ein Signal, dass der Westen nicht länger auf Selenskij setzen, sondern einen neuen Ansatz mit einem neuen Mann – Saluschny – an der Spitze versuchen sollte? Schon eher.

Was diese Episode jedenfalls enthüllt hat, sind zwei wichtige Details: Saluschny ist nicht nur nicht geschlagen und aus dem Spiel, er hat auch noch viele Freunde. Und seine Freunde haben noch immer gute Beziehungen in den Westen. War das vielleicht die wirkliche Bedeutung? Eine Botschaft, die nicht von den redseligen, wenn auch anonymen Offizieren geschickt wurde, sondern von jenen, die ihnen ein Forum gaben, um Selenskij daran zu erinnern, dass er ersetzbar ist? In diesem Fall bereut Selenskij bereits seinen Plan mit London. Vielleicht ist das entscheidende Thema nicht das jener Vertreter des Globalen Südens, auf die sich Kuleba bezog, sondern auf welche vielfältige Weise Saluschny sich mit jenen aus dem Westen würde vernetzen können, weit weg von Kiew und schwer zu kontrollieren.

Und das ist die Krux: Abgesehen von einem günstigen Unfall hat Selenskij keine Möglichkeit, Saluschny wirklich aufzuhalten. Er ist für ihn in der Ukraine gefährlich und ebenso überall sonst. Der Präsident kann versuchen, ihn an den Rand zu stellen, aber selbst wenn er das tut, bleibt dieser ehrgeizige, populäre General immer noch mitten im Spiel. Umso mehr, wenn der Krieg für die Ukraine schlecht läuft. Denn schließlich hat Selenskij Saluschny von seinen Pflichten entbunden, als das Schlimmste noch bevorstand. Damit darf sich jetzt sein Nachfolger und alter Rivale Alexander Syrski herumschlagen. Wo auch immer Saluschny ist, er wird in Selenskij's Kopf leben – und aus gutem Grund.

Tarik Cyril Amar ist Historiker an der Koç-Universität in Istanbul, er befasst sich mit Russland, der Ukraine und Osteuropa, der Geschichte des Zweiten Weltkriegs, dem kulturellen Kalten Krieg und der Erinnerungspolitik. Man findet ihn auf X unter @tarikcyrilamar.

* * *

Nordmazedonien wählt im Angesicht großalbanischer Träume und der Erpressung durch Bulgarien

<https://dert.tech/europa/203916-nordmazedonien-waehlt-im-angesicht-grossalbanischer/>
28.04.2024

In Nordmazedonien sind für den 8. Mai die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen und reguläre Parlamentswahlen angesetzt. Das Land erlebt Spannungen zwischen ethnischen Gruppen, besonders von albanischer Seite wird Druck auf die Titularnation ausgeübt. Die frühere jugoslawische Teilrepublik ist seit 2020 NATO-Mitglied.

Von Marinko Ućur

Die Oppositionskandidatin Gordana Siljanovska-Davkova hat in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen in Nordmazedonien überzeugend gesiegt. Die 1953 geborene Universitätsprofessorin wurde von der größten Oppositionspartei VMRO-DPMNE (Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit) nominiert. Im ersten Wahlgang gewann Davkova beeindruckende 40 Prozent der Stimmen und sicherte sich damit die Teilnahme am zweiten Wahlgang am 8. Mai gegen den derzeitigen Staatspräsidenten Stevo Pendarovski, der deutlich weniger als bescheidene 20 Prozent der Stimmen erhielt.

Dies ist ein Trend, der sich aller Voraussicht nach auch in der zweiten Runde fortsetzen wird. Und bereits jetzt ist klar, dass es somit zu einem Wechsel in der nordmazedonischen Staatsführung kommen könnte. Das wäre dann jene Entwicklung, die der derzeitigen Opposition am meisten gefallen würde, weil sie um den Erhalt der mazedonischen nationalen Identität besorgt ist, die durch die großalbanischen Bestrebungen im Westen des Landes bedroht wird. Daher wurde der Oppositionspartei VMRO-DPMNE vom Westen, aber auch im Land selbst, der Beiname "rechtsextremistische und nationalistische" Partei zugebracht.

Der derzeitige Präsident des Landes Stevo Pendarovski, der zehn Jahre jünger ist als Davkova und der die vorherige Präsidentschaftswahl 2019 gewann, stammt aus dem regierenden Sozialdemokratischen Bund Mazedoniens (SDSM), einer Partei, die im Parlament zusammen mit albanischen Parteien über die Mehrheit verfügt. Dies stellt auch den größten "Stolperstein" in den Beziehungen zwischen dem herrschenden Block und der Opposition dar, die jene großen Zugeständnisse ablehnt, welche den Albanern im Gegenzug für die Unterstützung der parlamentarischen Mehrheit unter der Führung der vom Westen unterstützten Sozialdemokraten gemacht wurden.

Schließlich führte das aus Brüssel und Washington, D.C. stark unterstützte Bündnis zwischen Pendarovski und den Albanern dazu, dass das Land in das NATO-Bündnis aufgenommen wurde, wodurch die internen Beziehungen, insbesondere unter den Mazedoniern selbst, komplexer wurden. Natürlich sind die Beziehungen zwischen der Mehrheitsbevölkerung Mazedoniens und den ethnischen Albanern, die 30 Prozent der Bevölkerung des Landes ausmachen, alles andere als ideal. Das separatistische albanische Projekt, nämlich als "Großalbanien" gedacht, steckt immer noch in den Köpfen der Albaner, und zwar nicht nur in Nordmazedonien, sondern auch in Griechenland und insbesondere in der selbsternannten serbischen Provinz "Kosovo".

Auch die Beziehungen zum benachbarten Bulgarien sind angespannt, da Sofia damit droht, den Beitritt zur Europäischen Union zu blockieren. Bulgarien sandte einst ein Memorandum nach Brüssel, in dem die Existenz der mazedonischen Sprache und der mazedonischen Nation gelehnt und verlangt wurde, dass diese Fragen in den Verhandlungsrahmen für den Beginn der Beitrittsverhandlungen Nordmazedoniens in die EU aufgenommen würden.

Am Vorabend des Wahltages veranstaltete die nordmazedonische Partei DUI (Bashkimi Demokratik për Integritet) der dort lebenden albanischen Minderheit im Zentrum der Hauptstadt Skopje eine Kundgebung mit Provokationen gegen die mehrheitlich mazedonische Bevölkerung. In der Stadt wehten albanische Flaggen, teilweise mit einer Karte vom sogenannten "Großalbanien", das sich territorial auf weite Teile Serbiens, Montenegros und Griechenlands erstrecken würde. Die terroristische "Befreiungsarmee des Kosovo" UÇK, der vom Westen einst und bis heute Amnestie gewährt wurde, war deren Partner bei der Gründung des selbsternannten Staates "Kosovo".

Medien berichteten, dass auch direkte Drohungen gegen den Vorsitzenden Hristijan Mickoski der

VMRO-DPMNE zu hören waren, selbst vom Vorsitzenden der albanischgesinnten Partei DUI Ali Ahmeti. Wie die Belgrader Tageszeitung *Novosti* schreibt,

"zeigen solche Handlungen extremistischer Albaner, nicht nur in Nordmazedonien, sondern in der gesamten Region, nichts weiter, als dass die Schaffung von Großalbanien in vollem Gange ist".

Bei einem solchen Kräfteverhältnis und bei einem derart aufgeheizten politischen Klima ist mit einer weiteren nationalen Homogenisierung und Geschlossenheit der Mazedonier zu rechnen, ebenso mit der Bevorzugung der Präsidentschaftskandidatin durch sie und durch eine Partei mit starker nationaler Ausrichtung, die fast schon den Charakter einer Volksabstimmung trägt. Was dies für die europäischen Ambitionen Nordmazedoniens bedeuten wird, ist derzeit nicht ganz klar, da erwartet wird, dass auch die Euroskepsis noch zunehmen wird.

Für Skopje liegt die EU noch immer weiter Ferne, obwohl das Land zahlreiche schmerzhaft Einschnitte vorgenommen hat, darunter sogar die Änderung des Landesnamens. Nach dem 8. Mai und damit der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen, bei denen auch ordentliche Parlamentswahlen stattfinden werden, wird Brüssel in Skopje höchstwahrscheinlich andere Gesprächspartner haben, nicht wie bisher nur diejenigen aus der Regierung, die größtenteils von der Europäischen Union und deren Beamten gebildet wurde.

Auf die Verletzlichkeit einer solchen Regierung wiesen Kritiker der Idee hin, durch die den Albanern übermäßige Zugeständnisse gemacht wurden, die praktisch zum konstituierenden Volk des Staates wurden, und wodurch die albanische Sprache neben Mazedonisch zur zweiten Amtssprache wurde.

* * *

Mittelstand steht auf – Wer die Party bezahlt, soll auch entscheiden dürfen

<https://dert.tech/inland/204200-mittelstand-steht-auf-wer-mit/>
29.04.2024

Mit seinen Steuern bezahle der Mittelstand die Party in Deutschland. Es sei an der Zeit, dass Unternehmer mit über die Verwendung bestimmen. Am Samstag startete eine Mittelstands-Initiative aus NRW eine erste Kundgebung in Köln. Das sei nur der Auftakt gewesen.

Von Felicitas Rabe

Mittelständische Unternehmer, Bauern und Bürger protestierten am Samstag auf der Deutzer Werft in Köln gegen die Wirtschafts- und Kriegspolitik der Ampelregierung. Organisiert wurde die Kundgebung unter dem Motto "Mittelstand steht auf – Gemeinsam friedlich zur Vernunft" von der Initiative "Team Hennef" aus dem Rhein-Sieg-Kreis.

Die mittelständische Unternehmer-Initiative mit neun Mitgliedern und einigen Unterstützern führte zum ersten Mal eine Protestveranstaltung gegen die Politik der Bundesregierung durch. Während der Kundgebung beeindruckten die Redner aus der Region nicht nur mit ihrem politischen Detailwissen. Die Atmosphäre war geprägt durch mitreißende Vorträge, die spürbar aus dem Herzen gesprochen wurden.

Zudem war alles gut organisiert, von der Bühnentechnik bis zur Moderation – von der Auswahl der Redner und den Musikern, bis zur kreativen Gestaltung des Kundgebungsplatzes und dem Grill-

Catering. So etwas können wohl nur Unternehmer in drei Wochen auf die Beine stellen!

Der Mittelstand kann nicht länger schweigend zuschauen

Im Interview mit der Berichterstatteerin erläuterte der Elektriker Thorsten Schmitz, ein Sprecher des "Team Hennef", die Motive für die erste Protestaktion dieser Initiative. Aufgrund ihrer wachsenden Unzufriedenheit mit der Regierung hätten sich die Mittelständler aus dem Rhein-Sieg-Kreis entschlossen, ab jetzt regelmäßig NRW-weite Protestveranstaltungen zu organisieren. Angesichts dieser in ihren Augen fehlgeleiteten Politik könne man als Unternehmer nicht mehr länger schweigen:

Sei es die viel zu hohe Steuerlast für kleinere und mittlere Betriebe, sei es die Bevormundung durch ein Heizungsgesetz mit Wärmepumpenpflicht, sei es eine fehlgeleitete Migrationspolitik. Es würden so viele Menschen nach Deutschland kommen, um die man sich überhaupt nicht kümmere – vernünftige Integrationsangebote zum Einleben in unsere Gesellschaft würden diesen Menschen nicht gemacht. Mit der aktuellen Politik sei Integration gar nicht möglich, erklärte der Schmitz. Man sei auch mit der Kriegspolitik in diesem Land nicht einverstanden. Frieden erreiche man nur mit Diplomatie und nicht mit Waffenlieferungen.

Antifa droht Teilnehmern und verhindert bereits angemeldete Demonstration

Warum nicht mehr Menschen teilnehmen würden, wollte die Autorin wissen. Nach seiner Zählung seien 180 Menschen zur Kundgebung gekommen, so Schmitz. Ursprünglich hätte man mit viel mehr Teilnehmern gerechnet. Aber vor der Veranstaltung hätten Menschen aus der Antifa-Szene interessierte Teilnehmer in Social Media Chats gewarnt. Seit mehreren Tagen habe die Antifa sogar bei potenziellen Teilnehmern angerufen und sie mit den Worten bedroht:

"Wenn Ihr Euren Fußmarsch durch Köln macht, haltet die Augen offen, wir warten hinter Ecken auf Euch."

Infolgedessen habe ihnen die Polizei vorgeschlagen, auf den bereits angemeldeten und genehmigten Demonstrationszug zu verzichten – dafür würden mehr Fahrzeuge beim Autokorso zugelassen. Sie hätten den Vorschlag der Polizei akzeptiert. So habe man vor der Kundgebung nur noch den Autokorso durch Köln gemacht. Angesichts der Drohungen in den sozialen Medien wollten viele Menschen lieber nicht mehr an einer Demonstration teilnehmen – zumal die Antifa auf der Deutzer Werft auch eine Gegendemo angemeldet hatte. Insbesondere aufgrund von Unterstellungen seitens der Antifa, das Team Hennef wäre rechts, war es Schmitz wichtig zu betonen, dass die Veranstalter und die komplette Initiative parteilos seien. Sie gehörten weder zur AfD noch ließen sie sich irgendwelchen sonstigen "Rechten" zuordnen.

Für Nahrungssouveränität braucht man regionale Landwirtschaft

Das Bühnenprogramm, welches von *Utopia TV Deutschland* fast vollständig aufgezeichnet wurde, moderierte der Bauernsohn und Musiker Bernd Gast. Mit ein paar Redebeispielen soll hier ein Eindruck der Kundgebung und ihrer vielfältigen Themen vermittelt werden. Aus Platzgründen kann nicht jede Rede erwähnt werden.

Bis 18 Uhr habe er sich noch in Euskirchen um die Rübensaat gekümmert, eröffnete Bauer Thomas Gräf aus der Voreifel seinen Vortrag. Danach habe er sich auf den Weg nach Köln gemacht, um auf der Bühne von den Problemen der Landwirte zu berichten. Als Bauer würde man von der Politik nicht nur nicht gesehen, man sei nicht mehr gewollt. Um die Landwirtschaft zu erhalten, sei es notwendig, dass die Menschen beim Kauf auf regionale Produkte achteten.

Hierzulande produzierten die Bauern zu fairen Bedingungen – schließlich zahle man den Mitarbeitern Mindestlöhne. Hiesige Produkte unterlägen ganz anderen Qualitätsstandards und Kontrollen als Produkte in anderen Ländern. Schon allein wegen der Nachhaltigkeit und den kurzen Transportwegen müsse man die regionale Landwirtschaft aufrechterhalten. Aktuell sei diese Landwirtschaft und damit auch die souveräne Versorgung der Bevölkerung akut bedroht. Viele Bauern könnten finanziell nicht mehr durchhalten.

"Propagandistische Durchtränktheit" unserer Öffentlichkeit beim Thema Krieg

Aus der Sicht einer Einzelhandelskauffrau und Mutter hielt Anja aus der Nähe des Nürburgrings eine erschütternde Rede zum Thema "Krieg und Frieden". Die Einzelhandelskauffrau sprach zum ersten Mal in der Öffentlichkeit: "Wir steuern auf einen Krieg zu, der nicht der unsere ist – sondern indem wir von einer kriegsgeilen Regierung gelenkt werden. Warum sollen denn auf einmal Schulen und Krankenhäuser kriegstüchtig gemacht werden?"

Mittlerweile habe die deutsche Regierung Hunderttausende Menschenleben auf dem Gewissen in der Ukraine und in Russland. Im Gazastreifen beteilige sich die Regierung an einem Völkermord. Die Waffenlieferungen bezahlten wir Bürger mit unserem Steuergeld. Möglich würde das alles nur durch die "propagandistische Durchtränktheit unserer Öffentlichkeit", bei der sich westliche Medien jeden Widerspruch verbieten. Wer Zweifel anmelde, werde gleich als Putin-Versteher diffamiert.

"Wisst Ihr überhaupt, dass die NATO die Russen seit Jahren provoziert?", fragte die engagierte Mutter von der Bühne? Nicht erst seit 2022, schon seit zehn Jahren wollten die USA Deutschland mit ihrem dreckigen Frackinggas versorgen. Die Defender-Militärübungen seien weitere Provokationen gegenüber Russland. Dabei gehe Deutschland derzeit all-in:

"85 Jahre nach ihrem Russland-Feldzug bildet das deutsche Militär wieder eine Ostflanke.

Lasst uns eine Welt schaffen, in der die Menschen durch Brücken verbunden sind. Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern eine Welt in der Gerechtigkeit herrscht."

Mit Gentechnik und Hybridpflanzen wollen Konzerne Gott spielen

Eindringlich erinnerte Bäuerin Marion aus dem Bergischen Land daran, dass wir alle von bäuerlichen Vorfahren abstammten. Bis vor wenigen Generationen hätten alle Menschen auf dem Land gelebt, und sich von dem ernährt, was die Erde vor Ort ihnen bescherte. Die regionale Verbundenheit mit der Erde wäre dadurch nicht nur bei den Bauern präsent – tief in uns sei in allen das Bewusstsein über die natürliche Abhängigkeit der Menschen von der Erde präsent: "Euer Herz weiß Bescheid!"

Die aktuelle Entfremdung käme daher, dass manche Menschen glaubten, sie könnten Gott spielen und die Schöpfung manipulieren. Um des Profits willen würde der Fortbestand des Lebens mittels hybridem Gentechnik-Saatgut unterbrochen. Solche Eingriffe in das über Jahrtausende gewachsene Ökosystem könnten sich am Ende böse rächen. Man müsse sich jetzt, während es noch nicht zu spät sei, für die Nahrungssouveränität und natürlich erzeugte regionale Lebensmittel einsetzen.

Die Party bezahlt in Deutschland der Mittelstand – es wäre Zeit, dass diese Unternehmer auch über die Verwendung der Steuern mitbestimmen würden

Ähnlich bewegend sprachen weitere Redner auf der Bühne, wie der Unternehmer für Spezialauffahrzeuge Manuel aus Würselen. Er informierte die Zuhörer über unvorstellbar

bürokratischen Aufwand in seinem Gewerbe. Mit seinen Beispielen über die Zustände auf den Baustellen konnte man den sinnbefreiten Irrsinn verstehen, den sein Gewerbe mittlerweile ertragen müsse. Ein Pflegekräftecoach berichtete über die Zustände im Gesundheits- und Pflegewesen. Bei der Arbeit mit alten Menschen lerne und erfahre man, was den Menschen am Ende ihres Lebens tatsächlich etwas bedeute.

Der Unternehmer Walter Peters vermittelte Eindrücke über die grundsätzliche Verfasstheit und Philosophie im Mittelstand und sprach zum Thema "Unternehmer werden Unternehmer, weil sie selbstständig sein wollen und die Freiheit schätzen". Der Anteil des Mittelstands im deutschen Unternehmertum betrage 99 Prozent, sie erbrächen 50 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Mit ihren Steuern würden deutsche mittelständische Unternehmer "die Party" finanzieren. Und jetzt müssten diejenigen, die die Party in diesem Land bezahlten, endlich auch mal bestimmen, was hierzulande läuft. Es ginge nicht nur um die Existenz ihrer Firmen, in absehbarer Zeit werde uns das aus den Fugen geratene wirtschaftliche System auf die Füße fallen. Nur wenn Unternehmer jetzt Verantwortung übernehmen, könnte das Schlimmste noch verhindert werden. Am Ende appellierte Peters:

"Jetzt müssen wir immer mehr Leute bewegen, laut zu werden!"

* * *

Einnahme von Semjonowka öffnet russischen Streitkräften Weg nach Karlowka

<https://dert.tech/russland/204240-einnahme-von-semjonowka-oeffnet-russischen/>

30.04.2024

Experten erläutern die Bedeutung der Übernahme der Kontrolle über das Dorf Semjonowka in der Volksrepublik Donezk durch das russische Militär. Die kleine Siedlung war ein wichtiges Glied in der Verteidigungslinie des Feindes.

Von Oleg Issaitschenko

Das russische Militär hat die Kontrolle über das Dorf Semjonowka auf dem Gebiet der Donezker Volksrepublik übernommen, wie das Verteidigungsministerium am Montag bestätigte. Das Dorf wurde bereits in der vergangenen Woche von Einheiten der Gruppe "Zentrum" befreit. Dadurch wird es möglich, die Umzingelung der ukrainischen Armee in der Nähe des Dorfes Berdytschi zu erreichen, so das Ministerium.

Die Behörde fügte hinzu, dass die ukrainischen Streitkräfte entlang der Linie Tonenkoje-Orlowka-Semjonowka-Berdytschi versucht haben, eine Verteidigungslinie zu errichten, um Zeit für den Bau stärkerer Befestigungen im Westen der Volksrepublik Donezk zu gewinnen. Nun sind die Formationen der 23. und 68. Infanteriebrigade sowie der 115. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die 109. Brigade der Territorialverteidigung und Söldner der "Fremdenlegion" durch die russischen Einheiten besiegt worden.

Darüber hinaus schlugen die russischen Truppen im Laufe eines einzigen Tages zehn Gegenangriffe ukrainischer Einheiten bei Netailowo, Nowokalinowo, Nowgorodskoje, Otscheretino, Leninskoje, Semjonowka, Nowobachmutowka und Berdytschi zurück.

Die ukrainische Armee verlor bei diesen Kämpfen etwa 370 Mann, amerikanische Haubitzen vom Typ M777 und M102, zwei gepanzerte Mannschaftstransporter, ein D-20-Geschütz, eine Msta-B-

Schlepphaubitze, zwei D-30-Haubitzen und ein MT-12 Rapira-Panzerabwehrgeschütz.

Nach Angaben von Igor Kimakowski, einem Berater des Oberhauptes der Volksrepublik Donezk, wird die Einnahme von Semjonowka Russland erlauben, seine Feuerkraft auf die ukrainische Gruppierung bei Karlowka zu erhöhen. Darüber hinaus wird die Befreiung der Siedlung den Weg nach Selidowo und Pokrowsk öffnen, wo wichtige feindliche Kräfte konzentriert sind.

Nach Ansicht von Experten hätte die Einnahme von Semjonowka länger gedauert, wenn die russische Armee nicht vergangene Woche in der Gegend von Otscheretino erfolgreich gewesen wäre. Die Zeitung *Wsgljad* schrieb bereits in der Vergangenheit ausführlich über die möglichen Folgen dieses Durchbruchs.

Damals wurde festgestellt, dass die nächste ukrainische Verteidigungslinie theoretisch entlang einer natürlichen Barriere verläuft – einer Reihe von künstlichen Teichen von Karlowka im Süden bis Nowoalexandrowka im Norden. Die Festungen und Schützengräben der ukrainischen Streitkräfte sind nun dort eingerichtet, aber dieses System stellt keine Einheit dar. Es weist Lücken auf, und die äußersten Punkte sind überhaupt nicht besetzt, wie es bei Otscheretino der Fall war. Wenn diese Linie durchbrochen wird, könnten die Ukrainer ein Gebiet mit einer Tiefe von 20 bis 25 Kilometern verlieren.

In der Tat geht es heute darum, die zweite Verteidigungslinie zu durchbrechen, die der Feind während und nach dem Rückzug aus Awdejewka zu halten versuchte, wie der Militäranalyst Michail Onufrijenko betont:

"Der Verlust von Semjonowka bedeutet, dass auch Berdytschi fast verloren ist. Das heißt, wir sehen die Übernahme der Kontrolle über die Verteidigungslinie, die nie etabliert werden konnte."

Seiner Meinung nach wird der Feind nun gezwungen sein, sich noch weiter nach Westen, zum Karlowka-Stausee, zurückzuziehen.

"Dort wird er wahrscheinlich versuchen, die nächsten Stellungen einzurichten. Aber es ist schon klar, dass die Frontlinie weit genug wegziehen wird", unterstreicht der Gesprächspartner.

Onufrijenko ist überzeugt: Vor den russischen Truppen tut sich ein Zeitfenster mit realistischen Offensivmöglichkeiten auf:

"Das könnte sowohl ein weiteres Vorrücken nach Westen sein als auch größere Angriffe nach Norden in Richtung New York [Siedlung nördlich von Donezk], die Torezk einschließen. Letzteres ist übrigens das größte befestigte Gebiet, das zwischen Awdejewka und Tschassow Jar liegt."

Als Nächstes werde die russische militärische Führung entscheiden müssen, wie genau die Armee vorrücken wird. Onufrijenkos Meinung zufolge gibt es zwei Möglichkeiten – in Richtung Kurachowo oder die Einnahme von Torezk mit seiner weiteren Befreiung.

"Unser Vormarsch und die Einnahme von Semjonowka war vor allem dank des Erfolgs in der Nähe von Otscheretino möglich",

ergänzt Militärkorrespondent Fjodor Gromow. Der Durchbruch bedrohte sowohl die Flanke als auch die Rückseite des Feindes. Deshalb musste sich die ukrainische Armee wieder zurückziehen,

meint der Experte.

Unterdessen haben die russischen Truppen nun auch die letzten Dörfer unter ihre Kontrolle gebracht, die die ukrainische Verteidigungslinie bildeten:

"Weiter vor uns öffnen sich ziemlich große Gebiete, auf denen der Feind keine Zeit hatte, irgendwelche Befestigungen zu bauen", erklärt er.

Auf diese Weise kann Russland bis nach Karlowka vordringen, wo es eine natürliche Barriere in Form eines Wasserreservoirs gibt, fasst Gromow zusammen.

Übersetzt aus dem Russischen.

* * *

Scott Ritter: Syrskis "taktischer Rückzug" aus Raum Awdejewka Vorbote strategischen Rückzugs

<https://dert.tech/russland/204430-scott-ritter-syrskis-taktischer-rueckzug-aus-raum-awdejewka-vorbote-strategischen/>

01.05.2024

Wenn der ukrainische General Alexander Syrski von einem "taktischen Rückzug" aus dem Raum Awdejewka spricht, ist dies der Anfang eines strategischen. Kiev fehlt es an Truppen. Ist im ukrainischen Stellungskrieg die Menge im Begriff, auf eigenwillige Art in Qualität umzuschlagen?

Oberst a.D. Scott Ritter, ehemals Aufklärungsoffizier der US-Marineinfanterie, ordnet die Ankündigung des ukrainischen Oberkommandierenden Alexander Syrski, einen taktischen Rückzug der Truppen im Raum Awdejewka durchführen zu müssen, in den militärlogistischen Kontext ein.

Diese Äußerung bedeute, dass dem ukrainischen Militär die Kraft fehle, seine Stellungen an der Frontlinie zu halten, sagte Ritter in einem auf dem YouTube-Kanal von Danny Haiphong veröffentlichten Interview.

"Die Ukrainer zum Rückzug zu zwingen, erfordert schon einiges. Und allein die Tatsache, dass wir über einen Rückzug sprechen, bedeutet eine schreckliche Verschlechterung der Lage der Ukraine."

Positionskrieg nämlich, so deutet Ritter an, ist als Begriff zwar immer noch teils auf den Charakter der aktuellen Kampfhandlungen im Ukraine-Krieg anwendbar – passt aber eben doch nicht mehr nahtlos dazu:

"Alle sprechen immer vom Stellungskrieg (...) Denn die Dichte der Artillerie, der Landminen, der Panzerabwehrwaffen macht die traditionellen, groß angelegten Angriffe nicht praktikabel. Darum ist dieser Krieg zu einer Abfolge von Streifzügen der Seiten gegeneinander ausgeartet, die mit kleineren Infanterietrupps durchgeführt und auf kleinere Aufgebote von Panzerfahrzeugen gestützt sind, mit sehr begrenzten Zielen – zum Beispiel den nächsten Forststreifen einzunehmen oder ein paar Gebäude in einem Dorf. Einzunehmen und zu sichern – sprich, sich zu befestigen, sich einzugraben. Und dann sehen sie, was die Ukrainer daraufhin tun. Und die Ukrainer beginnen dann einen Gegenangriff – woraufhin die Angreifer sich auch einmal zurückziehen können, anstatt die neue Linie bis zum Tod zu halten."

Soweit die Ähnlichkeiten. Die Unterschiede zeichnen sich in diesem neuen Tenor in den Äußerungen des hohen ukrainischen Kommandos ab, und das hat Gründe:

"Dass Syrski jetzt neuerdings von einem Rückzug spricht – das ist etwas Neues, es bedeutet, dass die Ukrainer das Halten einer Frontlinie, wie sie jetzt gegeben ist, nicht mehr gewährleisten können. Ihnen fehlen die Kräfte.

Sprich, wenn die Russen jetzt vorrücken und diesen einen Forststreifen einnehmen, können die Ukrainer keine Gegenangriffe mehr auf die Beine stellen."

Dies erklärt der Ex-US-Offizier mit akutem Personalmangel bei den ukrainischen Streitkräften – so akut in der Tat, dass hier bereits Domino-Effekte greifen:

"Übler noch: Die Ukrainer haben nicht einmal mehr genug Militärpersonal, um auf die nächst hintere Stellungslinie zurückzufallen. Dann nehmen die Russen eben den nächsten Forststreifen ein und den nächsten – und dann haben sie plötzlich die zweite Verteidigungslinie durchbrochen. Dann sind sie meinetwegen in einem Dorf, das auf einem Wasserscheidekamm steht.

Klar ist das Ganze eher langsam, denn so schlecht es um die Ukrainer steht: Sie haben immer noch Artillerie, FPV-Kamikaze-Drohnen – nicht in überwältigenden Mengen, aber gib ihnen ein Ziel und sie werden es treffen, darum konzentrieren die Russen ihre Kräfte auch nicht. Sie gehen bei ihren Offensivaktionen immer noch abschnittsweise vor, sehr langsam.

Doch die Ukrainer sehen trotzdem, wie sich das Ganze entwickelt, sie sind nicht blöd, stellen die passenden militärischen Berechnungen an. Und dann heißt es plötzlich: 'Die Russen sind uns hier in die Flanke eingefallen, uns fehlt die Artilleriefuerkraft oder das Personal, um dies zu unterbinden. Wir haben also gar keine Wahl, wir können kein Personal verheizen – und wenn wir die Truppen, die schon dort sind, nicht verlieren wollen, müssen wir sie zurückziehen, um die Linien neu zu formieren.'

Zum Beispiel muss man weniger Kräfte entlang einer geraden Frontlinie dislozieren als entlang einer wellenförmigen – und die Ukrainer sehen, wie die Russen ihr Ding mit einer chaotisch verlaufenden, windungsreichen Frontlinie durchziehen, weil sie genug Personal haben, um sie zu besetzen – im Gegensatz zu den Ukrainern."

Deswegen, erklärt Ritter, sind von General Syrski nun zunehmend Worte über taktische Rückfälle auf leichter zu verteidigende Stellungen zu hören. Allerdings sei nach Andeutung des Obersts a.D. der Personal- wie der Materialmangel beim ukrainischen Militär mittlerweile so weit fortgeschritten, dass Kiew auch dies letztlich nicht weiterhelfen werde:

"Das Problem dabei: Es mag ja wie ein taktischer Rückzug anmuten, doch auch sobald sie an ihren neuen Verteidigungsstellungen angekommen sind, sind sie immer noch außerstande, die Front dort einzufrieren und die Russen zurückzuhalten. Dann werden sie sich erneut zurückfallen lassen müssen. Nach einer Reihe taktischer Rückzüge aber sieht das Ganze urplötzlich wie ein strategischer Rückzug aus.

Und ich denke, wir erleben jetzt die Anfangsphase einer ganzen Reihe taktischer Rückzüge – und damit also eines strategischen Rückzugs."

Weiter deutet der Aufklärungsoffizier mit Verweis auf Quellen im russischen Militär an, dass Russland hierauf baue, um nicht nur den gesamten Donbass zu befreien, sondern auch zum Beispiel die ukrainisch besetzten Territorien im Gebiet Saporoschje oder das Gebiet Charkow. Ritter

prognostiziert:

"Sobald dies vollendete Tatsachen sind und danach die Russen ihrerseits die Front begradigt haben, sind der Rest des Gebiets Cherson dran, die Gebiete Nikolajew und Odessa."

Bereits diesen Sommer würde die Welt Zeuge der so umrissenen Ereignisse werden, prognostiziert Oberst Ritter. Dies mag etwas optimistisch anmuten – doch seinerzeit leitete Ritter im ersten Irak-Krieg als Stabsoffizier bei General Norman Schwarzkopf die Aufklärungsoperation Cabbage Patch mit, bei der irakische Scud-Raketenwerfer mit – so befürchtete man damals – chemischen Gefechtsköpfen ausgekundschaftet wurden, und war später immerhin als UN-Waffeninspekteur ebenfalls im Irak unterwegs. Der Aufklärungsoffizier muss sich beim abschließenden Satz sichtlich das Lachen verkneifen:

"Wenn Syrski so etwas einen taktischen Rückzug nennen will – na ja, sei's drum."

* * *

Offenbar stehen NATO-Generäle hinter dem Beschluss russischer Städte

<https://dert.tech/europa/204413-offenbar-stehen-nato-generaele-hinter/>

01.05.2024

Eine Recherche, zu der auch ich um Informationen gebeten wurde, hat ergeben, dass NATO-Generäle offenbar nicht nur vor einigen Monaten das Kommando über die ukrainischen Streitkräfte übernommen haben, sondern dass sie auch direkt für den Beschuss russischer Städte verantwortlich sind.

Von Thomas Röper

Ich übersetze ab und zu Recherchen der russischen NGO *Stiftung zum Kampf gegen die Repression*, die sich für Menschenrechte einsetzt und gegen Kriegsverbrechen kämpft. Vor einiger Zeit wurde ich von der Chefin der Stiftung danach gefragt, was ich über die Anwesenheit von NATO-Offizieren in der Ukraine weiß und ich habe ihr einige Informationen geben können, die anscheinend hilfreich waren, denn die Stiftung ist zu sehr interessanten Schlüssen gekommen und hat ihre Recherche veröffentlicht.

Einiges von dem was, die Stiftung berichtet, ist aus öffentlich zugänglichen Quellen bekannt, die auch in dem Artikel der Stiftung verlinkt sind. Über einige der in dem Artikel genannten NATO-Generäle habe ich auch früher schon berichtet. Besonders mysteriös ist nach wie vor die Rolle des kanadischen Generals Trevor Cadieu, der schon im März 2022 in der Ukraine war und offensichtlich auf ukrainischer Seite gekämpft hat. Er war angeblich bei der Schlacht um Mariupol in Asowstal und wurde gefangen genommen.

Das wurde von russischer Seite nie bestätigt oder auch nur kommentiert und von kanadischer Seite erst recht nicht. Stattdessen erfährt man in kanadischen Medien, dass der General wegen sexueller Belästigung aus der Armee entlassen wurde, und angeblich läuft ein Verfahren gegen ihn. Aber nach allem, was ich herausbekommen konnte, ist er seit dem Fall von Asowstal nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten.

Ein weiterer NATO-General, von dem bekannt ist, dass er dem ukrainischen Generalstab bei Planungen geholfen und wahrscheinlich noch sehr viel mehr Einfluss hatte, ist der US-Amerikaner Antonio Aguto. Über seine Rolle haben auch US-Medien berichtet, allerdings hat er in der Ukraine

offenbar weit mehr Macht, als bekannt ist.

Ich kann die Quellen, auf die sich die Stiftung zum Kampf gegen die Repression in ihrer Recherche beruft, nicht verifizieren. Da die Stiftung nach allem, was ich weiß, aber sauber arbeitet und recherchiert, zitiere ich ihre Recherche hier komplett. Die Links, Bilder und Hervorhebungen sind aus dem Original übernommen.

Wegen Überlänge finden Sie den vollständigen Text dieser Recherche online bei *RT DE*, beispielsweise unter der oben angegebenen Adresse.

* * *

US-Atomwaffen sprengen die polnische Gesellschaft

<https://dert.tech/europa/204406-us-atomwaffen-sprengen-polnische-gesellschaft/>

02.05.2024

Das polnische Verteidigungsministerium teilte mit, man wolle bei der "nuklearen Teilhabe" mitmachen, was die Stationierung von US-Atomwaffen im Land ermöglichen würde. Diese Frage spaltet nicht nur die polnische Führung, sondern auch die Gesellschaft. Wer in Polen hat Angst vor Atombomben und warum?

Von Kirill Awerjanow

Ende April erregte der polnische Präsident Andrzej Duda die polnische Gesellschaft mit der Ankündigung, Warschau sei bereit, amerikanische Atomwaffen auf seinem Territorium zu stationieren. Dabei ging es um das Nuclear-Sharing-Programm, das es den USA ermöglicht, ihr Nuklearpotenzial mit NATO-Ländern zu "teilen", die nicht über solche Waffen verfügen. Heute lagern amerikanische Nuklearladungen in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Türkei.

Die polnischen Bürger bewerteten die Äußerungen ihres Präsidenten sehr unterschiedlich. Laut einer von polnischen Soziologen durchgeführten Umfrage stehen 36,4 Prozent der Befragten der Idee der Stationierung von Atomwaffen in Polen positiv gegenüber, während 31,9 Prozent eine negative Meinung haben. Weitere 19 Prozent haben keine Meinung zu diesem Thema, und 12,6 Prozent haben noch nichts von Dudas Vorschlag gehört.

Die Spaltung betraf nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die polnische Regierung: Der Riss verlief erwartungsgemäß entlang der Linie Regierung-Präsident. Die Erklärung des Staatsoberhauptes wurde von Polens Außenminister Radosław Sikorski kritisiert, der sagte, Duda habe keine Befugnis, die Frage von Atomwaffen anzusprechen. "Dem Präsidenten wurde bereits auf höchster Ebene – und zwar nicht auf höchster polnischer Ebene – gesagt, dass er darüber nicht sprechen soll und dass es dafür [Stationierung von Atomwaffen] noch keine Möglichkeit gibt", sagte der polnische Außenminister.

Sikorskis Stellvertreter Andrzej Szejna enthüllte den Hintergrund der Unzufriedenheit seines Chefs: Dudas Vorschlag berge die Gefahr, dass "russische Raketen gegen uns gerichtet werden", so der stellvertretende Außenminister Polens. Das heißt, das polnische Außenministerium befürchtet Vergeltungsmaßnahmen aus Moskau.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, warnte die Polen bereits vor diesen Maßnahmen. Auch das russische Außenministerium äußert sich klar: "Bewegungen in diese

Richtung werden die Sicherheit Polens nicht erhöhen, aber die entsprechenden Einrichtungen werden definitiv zu einem militärischen Ziel. Und in unserer Militärplanung werden sie im Vordergrund stehen."

Polnische Experten sind skeptisch, was die nuklearen Perspektiven ihres Landes angeht.

General Bogusław Pacek sagte in einem Interview mit der *Gazeta Wyborcza*: "Heute werden die Amerikaner, wie der Krieg in der Ukraine zeigt, keine drastischen Schritte unternehmen, die die Beziehungen zu Russland plötzlich verschlechtern könnten. Dies könnte den laufenden Konflikt in der Ukraine zur Eskalation bringen und ihn sogar auf andere Länder, darunter auch NATO-Länder, ausweiten."

Dmitri Peskow sagte, dass Dudas Worte über seine Bereitschaft, US-Atomwaffen in Polen einzusetzen, sogar die USA selbst erschreckt hätten. Diese Ansicht wird merkwürdigerweise auch von den liberalen polnischen Medien geteilt.

So veröffentlichte die *Gazeta Wyborcza* eine Kolumne, in der behauptet wurde, die Atombombe habe "eine fetischistische Wirkung auf die Politiker der PiS [der Regierungspartei 'Recht und Gerechtigkeit' – Anm. der Zeitung *Wsgljad*]". Der Autor erinnert daran, dass der damalige stellvertretende Verteidigungsminister Tomasz Szatkowski 2015 öffentlich über die Möglichkeit der Lagerung von US-amerikanischen Atombomben in Polen sprach, die von der polnischen Luftwaffe im Krieg eingesetzt werden könnten.

Seitdem kamen die Vertreter der PiS immer wieder auf dieses Thema zurück. "Wahrscheinlich wegen der Fixierung der PiS-Politiker [auf Atomwaffen] während ihrer Regierungszeit nahm die US-Regierung Polen nicht in das Nuclear-Sharing-Programm auf", heißt es in dem Artikel.

Somit ist die Atomwaffenfrage ein weiterer Trennungspunkt zwischen polnischen Konservativen und Liberalen. Während Erstere glauben, dass die amerikanischen Waffen Polen vor Russland schützen werden, sehen Letztere sie im Gegenteil als Eskalationsfaktor, der zu einem echten Krieg zwischen Russland und der NATO führen könnte.

Hier sind die polnischen Liberalen vorsichtiger als die Konservativen.

Da die Regierung im polnischen politischen System ein mächtigeres Organ ist als der Präsident, ist zu erwarten, dass die derzeitige linksliberale Regierungskoalition die Bemühungen des konservativen Präsidenten Andrzej Duda, dass die Amerikaner Warschau in das Nuclear-Sharing-Programm mit einbeziehen, letztlich blockieren wird.

Die Konservativen in der polnischen Regierung werden jedoch bis zum Ende für amerikanische Atomsprengköpfe kämpfen. Davon zeugt die Tatsache, dass der stellvertretende Verteidigungsminister Paweł Zalewski am 30. April verkündete, Polen habe die Teilnahme am Nuclear-Sharing-Programm beantragt. Es ist bemerkenswert, dass Zalewski seine politische Karriere in der PiS begann, sogar stellvertretender Parteivorsitzender war, dann zur liberalen Partei "Bürgerplattform" überlief, von dort aber skandalöserweise ausgeschlossen wurde. Offenbar erfüllt er nun die Rolle des "Trojanischen Pferdes" des Präsidenten in der Regierung.

Duda fand auch einen Verbündeten außerhalb Polens: Litauens Präsident Gitanas Nausėda unterstützte den Vorschlag seines polnischen Kollegen. Nausėda ist der Ansicht, dass die Stationierung von Atomwaffen in Polen nicht als Kriegshetze und Bedrohung für Russland betrachtet werden könne. "Dies ist genau das Element des Abschreckungssystems, das zu einer wirklich bedeutenden Abschreckung werden sollte", meint der litauische Staatschef.

Nausédas Äußerung zu einem Thema, das nicht direkt mit seinem Land zu tun hat, verdeutlicht, dass sich Vilnius nach dem Wahlsieg der pragmatischen Liberalen bei den polnischen Parlamentswahlen als eifrigster Russenhasser etabliert. Nun wird es im Alleingang vor der NATO-Dampflokomotive herlaufen und die unsinnigsten Initiativen gegen Russland vorantreiben. Darunter auch solche, die die Existenz Polens und der baltischen Staaten bedrohen.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 1. Mai 2024 zuerst in der Zeitung Wsgljad erschienen.

* * *

Meinung

Boris Pistorius: Kriegstüchtig und inkompetent

<https://dert.tech/meinung/203911-boris-pistorius-kriegstuechtig-und-inkompetent/>

26.04.2024

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) ist derzeit in aller Munde. Der beliebteste Politiker Deutschlands sei der richtige Mann zur richtigen Zeit am richtigen Ort, so der Tenor in vielen Medien. Doch haben all die Lobeshymnen eigentlich auch eine fachliche Grundlage?

Von Tom J. Wellbrock

Mariam Lau von der *Zeit* sagte über Boris Pistorius kürzlich bei *Maischberger*, er sei "jemand, der keinen Scheiß redet". Diese steile These müsste fachliche Kompetenz beim Minister beinhalten, denn um keinen Scheiß zu reden, ist entsprechende Expertise unverzichtbar. Fehlt diese - man sieht das sehr deutlich bei der Außenministerin ohne diplomatisches Rüstzeug im Gepäck -, entstehen peinliche Wortmeldungen, die zu ertragen nur möglich ist, wenn man ein höriger Journalist ist, der sich nichts anmerken lässt.

Im Gegensatz zur Ministerin für Äußeres ist Pistorius mit einer Fähigkeit auf jeden Fall ausgestattet: Er kann recht gut reden und sich dabei als guter Kumpel verkaufen. Bei dieser Kombination wundert es auch nicht, dass Pistorius bei seinem Auftritt bei *Maischberger* vor kurzem gefühlte 30-mal das Wort "kriegstüchtig" verwendet hat (der gefühlte Wert ist vom tatsächlichen in diesem Fall nicht weit entfernt).

Eine weitere Eigenschaft, die Pistorius mitbringt, ist Selbstvertrauen. Nachdem er erstmals von der unbedingt notwendigen Kriegstüchtigkeit Deutschlands gesprochen hatte, handelte er sich dafür von allen möglichen Seiten Ärger ein. Doch statt zurückzurudern, zu beschwichtigen, zu erklären, das sei ja alles ganz anders gemeint gewesen, benutzt er den Begriff der Kriegstüchtigkeit erst recht und geradezu inflationär.

Nein, der Mann lässt sich nicht "ins Bockshorn jagen" (O-Ton Pistorius), er setzt noch eine Schippe drauf und kommt durch damit. Der ehemalige Kabarettist und heutige Karrierist Urban Priol, der inzwischen mit kriegstüchtiger Güte auf seine verrückte Teilnahme an Friedensdemonstrationen von damals blickt, findet das mit der Kriegstüchtigkeit zwar nicht so schön, besser fände er einen Zustand der Verteidigungsfähigkeit. Aber alles in allem gibt's nix zu meckern an dem Boris, der "keinen Scheiß redet".

Überprüfen wir das doch einmal ein bisschen.

Viel mit Sport, wenig mit Militär

Boris Pistorius schwärmt für den VfL Osnabrück, in guten wie in schlechten Zeiten, versteht sich. Der wiederum kämpft gerade gegen den Abstieg von der zweiten in die dritte Liga. Man denkt unweigerlich an den grundsätzlichen Zustand Deutschlands, wenn man das liest, aber sei's drum.

Am 14. März 1960 erblickte Pistorius – so weit überliefert ist, vollständig lebensstüchtig – das Licht der Welt. Fußball pflastert seinen Weg, und folgerichtig war er von 2002 bis 2006 Leiter der

Abteilung "Schulen und Sport" der Bezirksregierung Weser-Ems, Außenstelle Osnabrück und von 2013 bis 2023 Niedersächsischer Minister für Inneres und Sport. Man könnte sich den Mann recht gut als Sportlehrer vorstellen.

Sein Abitur machte Pistorius 1978, es folgte eine Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann. Die anschließende Arbeit als kaufmännischer Angestellter dauerte nur ein Jahr, dann begann der Wehrdienst 1980, der bis 1981 dauerte. Nun war ein Studium der Rechtswissenschaften dran, das er 1987 mit dem 1. Staatsexamen abschloss.

Von 1990 bis 1991 arbeitete Pistorius als Rechtsanwalt, danach verlieren sich seine fachlichen Spuren im Nirgendwo, denn er ging zunächst als Regierungsassessor im Dezernent für Lehrpersonalien im Dezernat 410 bei der Bezirksregierung Weser-Ems, Außenstelle Osnabrück, in die Politik. Dort angekommen, braucht man keinerlei Kompetenznachweise mehr, man besetzt halt Posten und macht irgendwas mit Volksvertretung.

Ein Jahr Wehrdienst. Das ist ziemlich dünn für einen Minister für Verteidigung. Und so bastelte die "Wikipedia", die bekannt dafür ist, die "richtigen" Leute hoch- und die "falschen" runterzuschreiben Anfang April 2024 noch ein bisschen am Eintrag von Pistorius. Er hat nämlich nicht nur den Wehrdienst durchlaufen, sondern hat mächtig Karriere bei der Bundeswehr gemacht. Der Bürger liest also über seinen Kriegsminister nach:

"Nach diversen Reserveübungen ist sein letzter Dienstgrad Obergefreiter."

Also doch! Der Mann hat's drauf. Obergefreiter, das macht etwas her, staunt der Laie. Es lohnt sich allerdings, auf der "Wikipedia" zu bleiben und kurz eine andere Seite zu besuchen, nämlich die, auf der die Bedeutung des Obergefreiten erklärt wird:

"Aufgrund der Zugehörigkeit zur Dienstgradgruppe der Mannschaften können Obergefreite auf Grundlage des § 4 ('Vorgesetztenverhältnis auf Grund des Dienstgrades') der Vorgesetztenverordnung niemandem allein auf Grund ihres Dienstgrades Befehle erteilen. Wie alle Mannschaftsdienstgrade können sich Obergefreite auch in Notlagen nicht selbst zu Vorgesetzten gemäß § 6 ('Vorgesetztenverhältnis auf Grund eigener Erklärung') der Vorgesetztenverordnung erklären."

Gut für Pistorius, dass er heute Bundesverteidigungsminister ist, denn als Obergefreiter hätte er nichts, aber auch gar nichts zu melden.

Gefährlicher Pappkamerad

Boris Pistorius ist einer der besseren Blender in der aktuellen politischen Landschaft. Ein Blender ist er aber dennoch. Was er von sich gibt, entpuppt sich bei kritischem Zuhören als Luftnummern. Wohl auch deswegen beruft er sich gern auf Experten und Fachleute für Sicherheit und Militär, wenn er seine Sprechblasen absondert.

Nur ein Beispiel: Bei *Maischberger* erklärte der Verteidigungsminister, warum Russland vorhabe, die NATO anzugreifen:

"Und während Russland nach Ansicht von Pistorius dabei extrem hohe Verluste zu beklagen habe und 'wahnsinnig viele Ressourcen in diesem (Ukraine-)Krieg' verbrauche, gehe 'ein großer Teil oder ein Teil dessen, was neu produziert wird, gar nicht mehr an die Front', sondern lande 'in den Depots'."

Selbst ein ehemaliger Zivildienstleistender (was der Autor dieses Textes ist) kann in Anbetracht dieses Blödsinns nur den Kopf schütteln. Denn Pistorius schließt aus seiner Beobachtung, dass Russland bzw. Putin "im Zweifel irgendwas vorhat oder haben könnte".

Das ist also die Analyse des Mannes, der für Deutschlands Sicherheit sorgen soll. Und gleichzeitig werden Leute wie Harald Kujat oder Erich Vad, die wirklich etwas vom Fach verstehen, nicht mehr in Talkshows eingeladen, weil sie die "falschen" Analysen liefern.

Es lohnt sich durchaus, das gesamte Gespräch mit *Maischberger* anzusehen. Wenn man die Unfähigkeit der Journalistin, wirklich kritisch nachzufragen und die Inkompetenz Pistorius' zu entlarven, einmal außen vorlässt, ist es sehr erhellend. Denn Pistorius tappt von einer Falle in die nächste und widerspricht sich nicht nur ständig, sondern zeigt seine Ahnungslosigkeit auf ganzer Linie.

Interessant ist die Sendung aber auch, weil sowohl die kommentierenden Gäste (der Ex-Kabarettist Urban Priol, die Politikredakteurin der *Zeit* Mariam Lau und der *ARD*-Hauptstadtkorrespondent Stephan Stuchlik) lächelnd in das Kriegsgeheul eines Boris Pistorius einsteigen, während das eingeladene Publikum an den "richtigen" Stellen klatscht. Diese ganze Talkshow war eine einzige Propaganda-Veranstaltung, um für den Krieg zu trommeln und die nachwachsende Generation aufs Sterben vorzubereiten.

Und im Mittelpunkt: Ein Minister, der besser Sportlehrer geworden wäre.

Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Texter, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs neulandrebelln.

* * *

Ursula-Gate: Warum auch hochkorruptes Verhalten der EU-Kommissionspräsidentin nicht schadet

<https://dert.tech/meinung/203964-ursula-gate-warum-auch-hoch/>
27.04.2024

Die EU-Kommissionspräsidentin wurde wegen des Pfizer-Deals verklagt. Ändern wird das nichts. Von der Leyen hat ein System aus Korruption etabliert, das ihr eine zweite Amtszeit sichern wird. Angesichts der realen Verhältnisse klingen ihre Bekenntnisse zur Demokratie und Werten immer absurder.

Von Gert Ewen Ungar

Am 9. Juni sind Wahlen zum Europäischen Parlament. Die Wahlen sind frei und geheim, aber sie sind nicht gleich. Eine Wählerstimme in einem kleinen EU-Land wird stärker gewichtet als die Stimme eines Wählers aus einem EU-Land mit einer hohen Einwohnerzahl. Eine lettische Stimme zählt mehr als die eines deutschen Wählers. Schon da fängt es mit den Ungereimtheiten an, hört dort allerdings noch lange nicht auf. Wer mit der EU vertraut ist, weiß, dass all das Gerede von Demokratie und Werten mit der real existierenden EU nichts zu tun hat.

An keiner Figur wird das Auseinanderfallen von Anspruch und Wirklichkeit so deutlich wie an der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Diese gilt als hochkorrupt. Sie steht für maximale Intransparenz und sie steht dafür, die Macht der EU-Kommission durch Vertragsbruch stetig auszuweiten – auf Kosten der Souveränität der EU-Staaten.

Von der Leyen ist bei den Bürgern der EU ausgesprochen unbeliebt. Müsste sie sich zur Wahl stellen, würde sie durchfallen. Deshalb muss sie nicht. Man kann Ursula von der Leyen nicht wählen. Dafür, dass sie trotzdem mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit erneut zur Kommissionspräsidentin gekürt werden wird, sorgte die CDU. Auf deren Drängen wurde von der Leyen zur Spitzenkandidatin der stärksten Fraktion im EU-Parlament EVP gewählt. Wobei dem Wort "Wahl" hier mit größter Skepsis zu begegnen ist.

Auf dem Parteitag der EVP in Bukarest wurde von der Leyen in einem mehr als zweifelhaften Procedere zur Spitzenkandidatin gemacht. Einen Gegenkandidaten gab es nicht, ein Großteil der rund 800 Delegierten nahm an der Wahl nicht teil. Der Wahlgang begann, als von der Leyen noch ihre Bewerbungsrede hielt. Von den schließlich abgegebenen 489 Stimmen entfielen 400 auf von der Leyen. Die deutschen Nachrichten meldeten, von der Leyen sei mit 80 Prozent Zustimmung zur Spitzenkandidatin gewählt worden. Glückwunsch! Als Spitzenkandidatin der größten Fraktion im EU-Parlament ist ihr damit eine zweite Amtszeit sicher.

Faktisch trägt aber nur die Hälfte der eigenen Delegierten die Kandidatur von der Leyens mit. Von der Leyen ist nicht nur bei den EU-Bürgern unbeliebt, sie ist auch in ihrer eigenen Partei umstritten.

Gründe dafür gibt es zahlreiche. Einer der Gründe ist der Pfizer-Deal. In der Corona-Krise schlug die Kommission die gemeinsame Impfstoff-Beschaffung vor. Wenn die EU-Kommission für alle EU-Länder einkauft, kann sie mit größerer Verhandlungsmacht auftreten und es wird dann absehbar billiger, war das Versprechen. Daraus wurde nichts. Die Beschaffung des Impfstoffes wurde zum Desaster.

Am 2. Mai erscheint dazu ein Buch. "Ursula-Gate" ist der Titel, der Autor Frédéric Baldan ist seit zehn Jahren in Brüssel als Lobbyist akkreditiert. Er verspricht die Offenlegung von Insiderwissen über die Arbeitsweise der EU. Er hat Ursula von der Leyen wegen "Einmischung in öffentliche Ämter, Vernichtung von SMS, Korruption und Interessenkonflikten" verklagt.

Von der Leyen hat den Impfstoff-Deal persönlich ausgehandelt. Per SMS unter anderem. Die SMS hat sie anschließend gelöscht. Das war nicht das erste Mal, dass von der Leyen brisante Textnachrichten verschwinden ließ. Als deutsche Verteidigungsministerin vergab Ursula von der Leyen rechtswidrig Beraterverträge in Millionenhöhe an externe Berater. Ein Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag wollte der Sache auf den Grund gehen, doch die SMS, mit denen die Deals eingefädelt worden waren, hatte von der Leyen gelöscht, Akten und Dateien waren vernichtet worden.

Das wiederholte sich nun im Rahmen der Pfizer-Verträge. Insgesamt 4,2 Milliarden Impfdosen hat die EU bestellt, mehr als die Hälfte davon bei Pfizer. Schon die Zahl ist irritierend, denn die EU hat lediglich 440 Millionen Einwohner. Mit der bestellten Menge hätte man jeden EU-Bürger beinahe zehnmals impfen können. Wie viel eine Dosis des Pfizer-Impfstoffs gekostet hat, ist nach wie vor unklar. Die Verträge werden geheim gehalten. Die EU-Parlamentarier, die sich für den Vorgang interessierten, erhielten nur umfassend geschwärzte Vertragsexemplare. Vermutlich belief sich der Deal mit Pfizer auf 35 Milliarden Euro. Aber das ist nicht die einzige Ungereimtheit.

Während der Preis pro Einzeldosis unklar ist, ist klar, dass mit steigender Abnahmemenge der Preis pro Injektion ebenfalls stieg. Das Versprechen, durch gebündelten Einkauf einen niedrigeren Preis zu erzielen, hat sich nicht erfüllt.

Nach dem Ende der Pandemie bestand Pfizer zudem auf Vertragserfüllung. Das heißt, die bestellten Mengen mussten abgenommen und natürlich von den EU-Ländern auch bezahlt werden. Das EU-Parlament drang auf Nachverhandlungen. Die Kommission hat lange gezögert, erklärte sich dann

aber schließlich doch bereit, mit Pfizer die Vertragsbedingungen neu auszuhandeln.

Das Ergebnis: Pfizer erklärte sich bereit, die Lieferzeit bis 2026 zu strecken und die Liefermenge zu reduzieren. Dafür berechnete Pfizer eine Stornogebühr von sage und schreibe 2,2 Milliarden Euro. Der EU-Parlamentarier Martin Sonneborn geht davon aus, dass die Vertragssumme praktisch unverändert ist. Pfizer muss nun lediglich für das gleiche Geld weniger von einem Impfstoff liefern, der ohnehin nicht mehr gebraucht wird. Der Vorgang ist eine absolute Farce.

Die Klage Baldans ist nicht die erste und nicht die einzige Klage gegen von der Leyen und ihr System aus Korruption und Seilschaften. An ihren Aussichten auf eine zweite Amtszeit wird das allerdings wenig ändern. Auch am Auftreten der Kommissionspräsidentin nicht. Von der Leyen wird weiter behaupten, die EU stehe für Demokratie, Transparenz und freiheitliche Werte, auch wenn sie selbst das lebende Beispiel dafür ist, dass ihre Behauptungen ähnlich frei erfunden sind wie der Lebenslauf der deutschen Außenministerin.

* * *

Russen – die ewigen Sklaven? Ukrainer – freiheitsliebend? Wenn alte Mythen wanken

<https://dert.tech/meinung/203873-russen-ewigen-sklaven-ukrainer-freiheitsliebend-mythen-geraten-ins-wanken/>

28.04.2024

"Wir werden niemals Brüder sein", erklärten Ukrainer Russen auf dem Euromaidan. Russen seien die ewigen Sklaven, Ukrainer freiheitsliebend und allesamt Kosaken. Jahre später fragt man sich, wo die rebellische Natur der Ukrainer hin ist. Was immer die Regierung in Kiew macht, es gibt keinerlei Widerstand.

Von Andrei Medwedew

Eine der Säulen der ukrainischen Euromaidan-Propaganda war der ewige Diskurs über das angeblich angeborene Sklavennaturell des russischen Volkes. Historisch gesehen ist dieser Mythos aus der Publizistik des polnischen Kämpfers Teofil Łapiński aus dem 19. Jahrhundert hervorgegangen, aber das ist heute gar nicht mehr so wichtig.

Wie wir uns erinnern, hatten die ukrainischen Propagandanarrative stets das Leitmotiv, dass die Russen ein Volk von Sklaven sind, die sich ihrer Sklaverei "unter Putins Ferse" nicht einmal bewusst sind. Einige Russen, hieß es auf dem Euromaidan und in den nationalistisch orientierten Medien, würde ihre Sklavenstellung sogar genießen. Ukrainer dagegen, so die Maidan-Propaganda, seien von Natur aus freiheitsliebend, würden sich immer gegen jede Despotie zur Wehr setzen. Wenn sie es wollen, werden sie jede Macht stürzen, die ihnen nicht gefällt. Das liege daran, dass sie – anders als die Russen – keine geborenen Sklaven seien. Weil sie jederzeit mit Leichtigkeit einen neuen "Maidan" organisieren könnten, und weil sie im Allgemeinen Nachkommen der Kosaken seien, freie Menschen. Und so weiter.

Seit dem Frühjahr 2014 ist von der Widerspenstigkeit als angeborener nationaler Eigenschaft der Ukrainer jedoch nichts mehr zu sehen. Klaglos fügten sie sich in alles, was ihre Regierung sich seitdem hat einfallen lassen, und von einem neuen Maidan war weit und breit nichts zu sehen. Nun hat die ukrainische Regierung die Ausstellung von Pässen für Männer im Ausland verboten. Gleichzeitig fliehen Hunderte von Männern über ebendiese Grenze. Auch ohne Pass, nur um der Mobilisierung zu entgehen. Verboten ist ihnen die Ausreise schon seit über zwei Jahren, darum die dramatischen Fluchtszenen an der Grenze, die ab und an auch tödlich enden.

In Kiew gibt es keine Kundgebungen dagegen, keine Zelte werden auf dem Maidan der Unabhängigkeit aufgeschlagen, nicht einmal einsame Mahnwachen sind zu sehen. All die Würde und das Freiheitsstreben sind verschwunden, die Ukraine ist eine Diktatur, auch wenn es noch nicht für jedermann offensichtlich ist.

Und jetzt ist es an der Zeit, die Lage der Ukrainer, nicht nur der männlichen, damit zu vergleichen, wie es im "sklavischen" und "schrecklichen" Russland aussieht. Ein Reisepass kann online beantragt werden, man kann ihn dann im Bürgeramt abholen. Man kann sogar ein Visum für den Schengen-Raum bekommen (auch wenn das heutzutage komplizierter ist) und völlig ungehindert ausreisen. Warum ein Russe das heutzutage tun sollte – warum sollte er sein Geld in NATO-Ländern lassen, die dann Waffen in die Ukraine schicken? –, ist nicht klar. Aber er darf es, und viele nutzen diese Freiheit auch. Selbst die Freiheit, nach Europa zu reisen und die Umsätze der europäischen Wirtschaft zu mehren, wird den Bürgern von den russischen Behörden nicht genommen, trotz der aktuellen Situation.

Und deshalb sollten wir über die Ergebnisse der russischen Präsidentschaftswahlen in den Wahllokalen im Ausland nicht überrascht sein. Zum Beispiel in Phuket. Soweit ich mich recht erinnere, wurden 48 Prozent der Stimmen für Putin abgegeben, 38 Prozent für Dawankow (oder einfach ausgedrückt: gegen Putin).

Menschen, die in Thailand leben oder, sagen wir, mit dem Beginn der militärischen Sonderoperation dorthin gegangen sind, haben trotz allem das Recht auf eine freie Wahl. Niemand hat ihnen den Pass weggenommen, sie sind in aller Ruhe gegangen und werden ebenso ungehindert zurückkehren können, wenn sie wollen. Und ja, etwa die Hälfte der Russen in Phuket wählt Putin. Ich kenne mindestens zwei Leute, die dort leben, aber für den amtierenden Präsidenten gestimmt haben. Ein scheinbares Paradoxon. Einer der beiden ist sogar ein ständiger Nörgler gegen Machthaber und Behörden im Allgemeinen, und ein scharfer Kritiker von Putin im Besonderen. Er hat eine Woche lang die Nachrichten von *CNN* und *SkyNews* gesehen und stimmte im Ergebnis für Putin.

Aber selbst wenn er gegen ihn gestimmt hätte, was hätte das an seinem Schicksal geändert? Ganz bestimmt nichts. Niemand hätte ihm den Pass weggenommen, niemand hätte ihn auf eine Fahndungsliste gesetzt.

Freiheit oder das Fehlen von Freiheit ist keine Gelegenheit, ungestraft auf dem Maidan zu feiern und dies mit Tanz und Pogromen zu verbinden. Der Begriff "Freiheit" steht für etwas ganz anderes.

Die ukrainischen Bürger beginnen dies allmählich zu begreifen. Aber es scheint zu spät zu sein. Lebensgefährlich spät.

Übersetzt aus dem Russischen.

* * *

Meisterwerk distinguiertes Arroganz: Macrons große Europa-Rede

<https://dert.tech/meinung/204177-meisterwerk-distinguiertes-arroganz-macrons-grosse/>
29.04.2024

Macron betonte in seiner Rede an der Sorbonne die existenziellen Herausforderungen für Europa und skizzierte Lösungsansätze wie strategische Autonomie und Protektionismus. Doch seine Vorschläge stoßen auf Widerstand, während die Bevölkerung zunehmend EU-skeptisch wird.

Von Pierre Lévy

Die Europa-Rede, die der französische Präsident am 25. April halten sollte, war von seinem Umfeld als sehr wichtig angekündigt worden. An diesem Tag sprach Emmanuel Macron im großen Amphitheater der Sorbonne vor einer Reihe von Persönlichkeiten und Gästen, sieben Jahre nachdem er an demselben prestigeträchtigen Ort seine Ambitionen für die EU vorgestellt hatte, als er gerade zum Obersten Beamten der Republik gewählt worden war.

Die Minister waren in großer Zahl anwesend, ebenso wie die Vertreter der konstituierten Körperschaften. Allerdings schienen die für Botschafter und andere Offizielle reservierten Bänke zunächst zu zwei Dritteln leer, sodass andere Gäste notgedrungen in die vorderen Reihen verlegt werden mussten, um peinliche Bilder zu vermeiden.

Die meisten Kommentatoren analysierten vor allem die "innenpolitische" Dimension des Auftritts des Präsidenten. Die Europawahlen sind kaum mehr als einen Monat entfernt und die Liste, die sich auf das Lager des Präsidenten beruft, liegt mehr als zehn Prozentpunkte hinter der Liste des Rassemblement National, das rund 30 Prozent der Stimmen erhält (bei einer sehr hohen Wahlenthaltung), wenn man den Umfragen glaubt. Der Staatschef hoffte zweifellos, diesen Trend umkehren zu können.

Das "proeuropäische" Engagement des Präsidenten des Élysée-Palastes ist aber nicht nur wahltaktisch. Wenn er also mehrfach warnt, dass *"unser Europa heute sterblich ist, es kann sterben"*, muss man diese Sorge des Staatschefs ernst nehmen. Und man kann sich sogar darüber freuen...

In Wirklichkeit ist das, was verschwinden kann, natürlich nicht "Europa", sondern die Europäische Union. Diese sei geopolitisch bedroht – der Redner behauptet sogar seltsamerweise: *"Europa befindet sich in einer Situation der Einkreisung"*, wobei er insbesondere *"regionale enthemmte Mächte, die dabei sind, auch ihre Fähigkeiten zu zeigen, (wie) Russland und Iran"* nennt; die EU sei wirtschaftlich und technologisch von einem "Rückzug" bedroht, weil sie zu naiv und zu offen sei; und sie sei außerdem zu zaghaft, um ihre *"kulturelle Schlacht, die Schlacht der Weltanschauungen, der Legenden, der Werte"* zu führen.

Natürlich zögert der Präsident nicht, sich über die europäischen "Fortschritte" der letzten Jahre zu freuen und seinerseits einen großen Teil des Verdienstes dafür zu beanspruchen. Macron zitiert die *"Finanzeinheit zur Überwindung der Pandemie"*, das heißt die Gemeinschaftsanleihe in Höhe von 800 Milliarden Euro, die 2020 zur Finanzierung des "Konjunkturprogramms" aufgelegt wurde. Er hält sich aber natürlich bedeckt über die Tatsache, dass viele Länder aufgrund der Regeln und Verfahren Schwierigkeiten bei der Verwendung der Mittel haben, und schweigt sich völlig über die Rückzahlung dieser Anleihe aus, deren Zinsen im Vergleich zu den ursprünglichen Schätzungen explodieren (mehr als eine Verdreifachung).

Macron lobt auch die Leistungen der EU-Kommission, insbesondere des französischen Kommissars Thierry Breton, in Bezug auf Impfstoffe. Seiner Meinung nach ist es der "strategischen Einheit" der EU zu verdanken, dass die Franzosen massiv geschützt werden konnten. Er erwähnt jedoch nicht die erste Phase des "Jeder für sich" und schon gar nicht die geheimen Verhandlungen der Kommissionspräsidentin mit den Pharmaunternehmen, die zu weit überhöhten Preisen und Mengen führten.

Der französische Präsident rühmt auch die "europäische Einheit" gegen Russland: Sanktionen, Waffenlieferungen an Kiew und massiver Verzicht auf Kohlenwasserstoffe, die zuvor von Moskau gekauft wurden; aber er schweigt in diesem Bereich, über die katastrophalen Folgen in Bezug auf die Energiekosten und damit den wirtschaftlichen Schaden.

Außerdem würdigt er den "Green Deal", der den Planeten retten soll und ein Beispiel für den Erfolg der Gemeinschaft beim *"Denken, Vorbereiten und Planen der großen Herausforderungen Europas"* sei, vermeidet es aber, in diesem Teil seines Plädoyers eine Verbindung zur Revolte der Landwirte in vielen Mitgliedsstaaten herzustellen.

Nachdem die "Fortschritte" genannt wurden, verhehlt aber Emmanuel Macron seine Ängste nicht: *"Die Klarheit und die Ehrlichkeit gebieten es, anzuerkennen, dass die Schlacht noch lange nicht gewonnen ist und dass am Horizont des nächsten Jahrzehnts das Risiko immens ist, geschwächt oder sogar abgestiegen zu sein."* Um diese Gefahren abzuwenden, schlägt der französische Präsident drei Achsen vor, um das, was er vor sieben Jahren die "europäische Souveränität" nannte (ein Konzept, das ein Widerspruch in sich ist, da es kein "europäisches Volk" gibt), zu bewahren und zu stärken: *"Macht, Wohlstand und Humanismus"*.

"Macht" erfordere die Schaffung einer "strategischen Autonomie", um zu vermeiden, "die Sicherheit an andere zu delegieren", in diesem Fall an die USA. Daher müsse eine *"glaubwürdige europäische Verteidigung"* aufgebaut werden, insbesondere mit einer *"europäischen Verteidigungsinitiative"*, die eine maximal integrierte Militärindustrie beinhalte.

Auf Macrons Agenda stehen außerdem der Aufbau einer "echten strategischen Verschmelzung", die Vertiefung des "strategischen Kompasses" und die Einrichtung einer 5.000 Mann starken "schnellen Eingreiftruppe". Nebenbei lobt der Staatschef den "Erfolg" der inzwischen aufgelösten europäischen Takuba-Truppe in der Sahelzone. In dieser Region haben jedoch drei Länder vor kurzem die französische Militärpräsenz vor die Tür gesetzt...

Darüber hinaus skizziert er die Perspektive einer Europäisierung der französischen Atomstreitkräfte.

Der Redner fordert auch die Finanzierung der europäischen Verteidigungsindustrie durch die Europäische Investitionsbank oder sogar durch eine neue große Gemeinschaftsanleihe. Bei diesem letzten Punkt stößt er frontal auf den Widerstand der Mitgliedsstaaten, die an der Haushaltsorthodoxie festhalten, darunter Deutschland und die nordischen Länder.

In Wirklichkeit gehen die Widersprüche über diese haushaltspolitische Dimension hinaus. Paris hat sich immer für eine gewisse "strategische europäische Autonomie" – wie auch immer sie heißen mag – eingesetzt, wo eine große Anzahl von Ländern (unter anderem Polen, Rumänien, die baltischen Staaten und sogar Deutschland) vorrangig einer direkten Vasallenschaft treu bleiben, die Washington den Großteil ihres Schutzes anvertraut. Diese Opposition ist nicht neu, stellt aber ein unüberwindbares Hindernis für die Hoffnungen des Élysée-Palastes dar.

Die zweite von Emmanuel Macron geförderte Achse, der "Wohlstand", beinhaltet insbesondere die

Einführung eines europäischen Protektionismus – auch wenn dieses Wort nie verwendet wird. Für ihn war früher *"der Handel frei und jeder hielt sich an die Regeln. Das war die Welt, in der wir bis vor kurzem lebten; in wenigen Jahren hat sich alles verändert"*, angefangen bei Washington und Peking, die ihre Produkte "übersubventionieren" und sich nicht mehr an die Regeln halten.

Angesichts dessen sollte man aufhören, "zu offen" zu sein, die Regeln des Binnenmarktes vereinfachen und *"europäische Spitzenunternehmen hervorbringen und sich dazu bekennen, die Unternehmen in unseren strategischen Sektoren massiv mit neuen Investitionen zu unterstützen"*. Kurz gesagt, eine echte Industriepolitik übernehmen. Darüber hinaus wäre es notwendig, ein Wachstumsziel in die Aufgaben der EZB aufzunehmen, und nicht nur die Bekämpfung der Inflation. Schließlich könnte ein "Investitionsschock" durch eine neue große gemeinsame Anleihe oder andere gleichwertige Mechanismen mit dem Ziel der Verdoppelung der Haushaltskapazität der EU erreicht werden.

Es ist eine Untertreibung zu sagen, dass nicht alle diese Vorschläge unter den 27 Mitgliedsstaaten einstimmig angenommen werden. Einige stellen sogar einen Casus Belli mit den Ländern dar, die am stärksten an liberalen Dogmen festhalten. Der Präsident ist sich dieser Widersprüche bewusst und versucht daher, seine Ansichten durchzusetzen, indem er die Alarmglocken läuten lässt und vor der "Gefahr" warnt, dass die EU verschwinden könnte.

Die Widersprüche sind aber so zahlreich, dass sie keine Chance haben, dauerhaft gelöst zu werden. Darüber hinaus existieren sie auch unterschwellig in anderen Bereichen, in denen kürzlich Kompromisse gefunden wurden. Dies gilt für den "Pakt zu Migration und Asyl", wo die Gegensätze zwischen den Mittelmeerländern und den osteuropäischen Ländern noch immer schwelen.

Und selbst bei der Erweiterung um die Balkanländer, die Ukraine und Moldawien verbergen sich hinter den einstimmigen offiziellen Erklärungen nicht eingestandene Vorbehalte, die sich aber zweifellos noch verschärfen werden.

Was die dritte Achse betrifft, den vom Staatschef geförderten europäischen "Humanismus", so dürfte er seinen Kollegen weniger Probleme bereiten. Das Image der EU im "Globalen Süden" dürfte dadurch hingegen nicht gerade verbessert werden... Für ihn bedeutet, Europäer zu sein, *"ein bestimmtes Menschenbild zu verteidigen, das das freie, rationale und aufgeklärte Individuum über alles stellt. Und es bedeutet, sich zu sagen, dass wir von Paris bis Warschau und von Lissabon bis Odessa ein einzigartiges Verhältnis zu Freiheit und Gerechtigkeit haben [...] Es ist die ständig wiederholte Wahl, die uns von anderen unterscheidet."* Ein wahres Meisterwerk distinguerter Arroganz ...

Am Ende seiner langen Rede ließ sich der Gast der Sorbonne zu einem Anflug von Bitterkeit hinreißen, da er vielleicht spürte, dass seine Hoffnungen niemals in Erfüllung gehen würden: *"Wieder einmal liebt sich unser Europa nicht selbst. Wenn man sieht, was es alles getan hat und was wir ihm verdanken, so ist dies merkwürdig, aber so ist es nun einmal."*

In direktere Worte übersetzt bedeutet das: Die Völker, die sich weniger denn je für die europäische Integration begeistern, sind verdammt undankbar. Das zeigte sich bei der Gelbwestenbewegung in Frankreich und zuletzt bei den Bauernrevolten in einem Dutzend Mitgliedsstaaten.

Und das ist ein Hindernis für Macrons Ambitionen, das mindestens genauso wirksam ist wie die Widersprüche zwischen den Führern der 27 EU-Staaten.

* * *

"Was raucht ihr denn da drüben?" In ganz Europa werden "russische Agenten" gefasst

<https://dert.tech/meinung/204181-was-raucht-ihr-denn-da-drueben-in-ganz-europa-werden-russische-agenten-gefasst/>

30.04.2024

Die Länder der EU befinden sich aktuell in der heißen Phase des Wahlkampfes zu den Europawahlen. Russlanddeutsche, unliebsame Politiker und nicht näher umrissene Einzelpersonen werden der Spionage sowie des Terrorismus, der Brand- und Bombenanschläge beschuldigt. Die Spuren führen wieder einmal in die Ukraine.

Von Wladimir Kornilow

Ganz Europa ist von einem Netz russischer Spione, Saboteure, Assassinen und Brandstifter umzingelt. Und je näher die Europawahlen rücken, desto aktiver werden diese hinterlistigen russischen Agenten sein, desto furchtbarer und wirkungsvoller werden ihre Gräueltaten sein. Und an einem direkten Zusammenhang zwischen den genannten Vorkommnissen braucht man nicht zu zweifeln. Es genügt, die Karte der besonders "problematischen" Regionen (selbstverständlich aus der Sicht des europäischen Establishments) mit der Geografie der Berichte über die Verhaftung und Enttarnung weiterer "russischer Spione" zu vergleichen, um eine nahezu exakte Übereinstimmung zu erkennen.

Eines der aktuellsten Beispiele ist Polen. Dort hatte die regierende Partei "Bürgerkoalition" von Donald Tusk noch vor nicht allzu langer Zeit einen deutlichen Rückstand gegenüber ihren ständigen Gegnern von der Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS). Jetzt wurde dieser Rückstand auf ein Minimum reduziert. Zugleich wirft der polnische Außenminister Radosław Sikorski der PiS auf der Tribüne im Sejm eine "pro-russische Politik" vor. Ja, ja, die Anhänger von Kaczyński, Duda und Morawiecki, so stellt sich heraus, sind "Freunde Russlands"! Als Reaktion darauf postete der ehemalige polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki ein altes gemeinsames Foto von Sikorski mit unserem Außenminister Sergei Lawrow und betitelte es mit:

"Was kiffen Sie denn da, Herr Sikorski?"

In diesem Zusammenhang steht die Nachricht, dass polnische Sicherheitsdienste einen "russischen Saboteur" festgenommen hätten, der Russland bei der Vorbereitung eines Attentats auf den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij geholfen haben soll. Diese Nachricht wurde in fast allen Massenmedien der Welt in ebendieser Form verbreitet.

Doch wenn man den offiziellen Bericht der polnischen Sicherheitskräfte genau liest, stellt man fest, dass der verhaftete polnische Staatsbürger Paweł K. nach einem eher milden Absatz von Artikel 130 des Strafgesetzbuchs angeklagt ist, für den er nur zu sechs Monaten Haft verurteilt werden könnte. Geht es da tatsächlich um die Vorbereitung eines Attentats auf den Präsidenten einer ausländischen Macht? Nein, die Staatsanwaltschaft wirft ihm lediglich vor, "die Bereitschaft geäußert zu haben, Handlungen zugunsten ausländischer Geheimdienste gegen die Republik Polen zu begehen."

Außerdem wird in diesem Bericht betont, dass die polnischen Sicherheitsdienste die Informationen über diesen Paweł von ihren ukrainischen Kollegen erhalten hätten. Es ist also davon auszugehen, dass er von Ukrainern "rekrutiert" wurde, die sich möglicherweise tatsächlich als Russen vorgestellt haben. Das heißt, dieser Pole ist einfach einem Prank der Kiewer Sicherheitsdienste zum Opfer gefallen und wird nun des "versuchten Mordes an Selenskij" beschuldigt. Bleibt nur eine Frage:

Was hat bitteschön Russland mit dieser Sache zu tun?

Fast das gleiche Bild bietet sich in Deutschland. Als Alexei Danilow (damals noch Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine) berichtete, dass ganz Deutschland "von einem Netz russischer Spione umhüllt" sei, wurden in Bayern sofort zwei russlanddeutsche Bürger verhaftet. Ihnen wurde praktisch dasselbe vorgeworfen – die Vorbereitung russischer Sabotageakte gegen militärische Einrichtungen, wo die Amerikaner ukrainische Kämpfer trainierten. Angeblich planten sie Bomben- und Brandanschläge gegen diese Einrichtungen.

Es liegt auf der Hand, dass die systemfremde Partei "Alternative für Deutschland" bei den bevorstehenden Europawahlen eine gute Dynamik aufweist und im März einen soliden zweiten Platz erreichte, womit sie den führenden CDU/CSU-Block herausforderte. Das gesamte Establishment legte daraufhin die alte Schallplatte auf, dass es in der "Alternative für Deutschland" von "russischen Agenten" nur so wimmele. In einer kürzlich erschienenen Ausgabe des Magazins *Der Spiegel* wurde die Partei beschuldigt, ihr Programm sogar im Kreml schreiben zu lassen — wo auch sonst?

Eine besondere Hysteriewelle wurde derweil in Tschechien ausgelöst, wo man praktisch alle systemfremden Parteien in Europa beschuldigte, "Geld aus Russland zu erhalten". Aber wenn man auch nur ein bisschen über diesen Skandal nachdenkt, ist er keinen einzigen Heller wert. Eine Webseite (angeblich mit "russischen Verbindungen", auch wenn dort die Namen ukrainischer Staatsbürger genannt wurden) zahlte europäischen Politikern Honorare für Artikel und Redebeiträge – was für ein Horror! Zumal das im Allgemeinen nicht strafbar ist – auch Boris Johnson als aktiver Politiker verschwieg nicht, dass seine Haupteinnahmequelle seine verdächtig teuren Kolumnen in der Presse waren. Aber das funktioniert eben nur, wenn es sich um die "richtigen" Politiker und die "richtigen" Kolumnen handelt.

Wenn es sich hingegen um eine oppositionelle Webseite handelt, die eine Plattform für alternative Meinungen bietet, folgen sofort Anschuldigungen wegen "Spionage" und "Subversion". Und es ist kein Zufall, dass die Tschechen, nachdem sie dieses furchtbare Spionagenetz aufgedeckt hatten, sechs Länder nannten, in denen ebendieses "seine Tentakel ausgestreckt" hatte: die Niederlande, Belgien, Deutschland, Frankreich, Ungarn und Polen. Vergleicht man diese Auflistung wiederum mit der Karte der bevorstehenden Europawahlen, so ergibt sich eine völlige Übereinstimmung mit der "Alarmzone" der EU.

Ein ähnliches Szenario ereignet sich gerade in Großbritannien. Obwohl Großbritannien seit einiger Zeit nichts mehr mit der Europäischen Union zu tun hat, rücken auch dort die Wahlen immer näher (alle streiten sich darüber, ob sie diesen Sommer oder im Herbst stattfinden werden). Ende letzter Woche meldete die britische Polizei mehrere Festnahmen und Verhaftungen von britischen Staatsangehörigen, denen dasselbe vorgeworfen wurde – die Vorbereitung und sogar der Versuch eines Sabotageaktes "zugunsten eines ausländischen Geheimdienstes". Und damit auch ja niemand Zweifel hegt, wird gesondert klargestellt, dass es sich dabei um Russland handelt.

Praktisch alle britischen Medien verbreiteten die Meldung, dass die Inhaftierten versucht hätten, "ein Gebäude in London mit Bezug zur Ukraine" in Brand zu setzen. Es stellte sich heraus, dass es sich um den Brand eines Lagerhauses handelte, in dem unter anderem das Vermögen eines mysteriösen "britisch-ukrainischen Geschäftsmannes" gelagert war. Seine Mysteriosität beruht auf der Tatsache, dass er im Herbst 2022 (das heißt inmitten der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine) seine Daten in allen Gründungsdokumenten geändert hat – vorher war er als ukrainischer Staatsbürger Michail Prichodko aufgeführt, und wurde anschließend zum britischen Staatsbürger Michail Bojkow. Also eine recht merkwürdige Änderung, um seine "Verbindungen zur Ukraine" zu festigen.

Zumal man angesichts der Tatsache, dass das Unternehmen "Russian Post UK", das versprochen hatte, Pakete nach Russland zu liefern, ebenfalls auf ihn registriert war, genauso gut sagen könnte, dass die Lagerhäuser eines Unternehmens mit "Verbindungen zu Russland" in Brand gesetzt wurden. Dazu gibt es verschiedene Theorien, darunter auch solche, die den britischen Geheimdiensten nicht gefallen werden. Zum Beispiel, dass die Briten Scheinfirmen benutzen, um Sabotageakte auf russischem Territorium zu verüben.

Es ist klar, dass dieses "Russia-Gate" nach den Wahlen wieder abflauen wird. Dennoch muss betont werden, dass die Anschuldigungen gegen Russland immer radikaler werden. Es reicht denen im Westen nicht mehr, die hinterlistigen Russen der Einmischung in ihre Wahlen zu beschuldigen. Jetzt beschuldigen sie uns auch noch der Vorbereitung von Terror-, Brand- und Bombenanschlägen in Europa.

Die Eskalation der Phobien (auch wenn es sich um imaginäre Phobien handelt) ist zeitgleich mit einer Eskalation der realen Handlungen verbunden – was in absehbarer Zeit sicherlich nicht zur Entspannung beitragen wird; auch nicht nach dem Ende eines so nervösen Wahlkampfzyklus im Westen. Jeder, der einen Frieden mit Russland oder China vorschlägt, könnte zum "Spion", zum "Saboteur" und zum "Feindkomplizen" erklärt werden. Die Frage "Was kifft ihr denn da drüben?", die einst ein polnischer Russophobiker einem anderen polnischen Russophobiker stellte, wird man in ganz Europa immer häufiger hören. Sowohl vor als auch nach den Wahlen.

* * *

Der Mut, auch die Befreier von heute zu würdigen – der Elbe-Tag in Torgau und seine neuen Akzente

<https://dert.tech/meinung/204334-mut-auch-befreier-von-heute-wuerdigen-elbe-tag-torgau-seine-neue-akzente/>

01.05.2024

Friedensbewegte haben am Samstag in Torgau abseits der offiziellen Zeremonien zum Tag der Begegnung ihren eigenen Gedenkmarathon mit Märschen und Kundgebungen veranstaltet. Die Mehrheit der Demo-Teilnehmer stellten dabei Kommunisten – von Alt bis ganz Jung.

Von Wladislaw Sankin

Am 25. April 1945 traf eine amerikanische Patrouille in Torgau auf sowjetische Soldaten. Der Second Lieutenant Robertson und seine Männer wurden auf der zerstörten Elbebrücke von Leutnant Alexander Silwaschko und sowjetischen Soldaten freudig empfangen. Neben den Aufnahmen der Sowjetsoldaten am Fuße und auf dem Dach des Deutschen Reichstages gelten fotografische Dokumente dieser Begegnung als Symbole für die Beendigung des Zweiten Weltkrieges und des Sieges über NS-Deutschland. Lange galt der Elbe-Tag am 25. April auch als eine Art inoffizieller Weltfriedenstag. An diesem Tag sollte erinnert werden, dass eine Welt ohne Feindschaft und Konfrontation möglich ist.

Auf den Masten am berühmten Gedenkstein "Geist der Elbe" wehen heute keine russischen und keine US-amerikanischen Flaggen mehr. Auch Vertreter der beiden Siegermächte werden von den örtlichen Behörden nicht mehr zu offiziellen Gedenkfeierlichkeiten eingeladen. Deutschland wird von der Regierung im Eiltempo zu einem Frontstaat aufgebaut und der Geist der Elbe soll aus den deutschen Städten schleunigst weggekehrt werden. In der Rhetorik der deutschen Verteidigungspolitiker wurde Russland offiziell zum künftigen Kriegsgegner auserkoren.

In dieser Atmosphäre haben sich am Samstag, dem 27. April, drei- bis vierhundert Menschen am Elbeufer versammelt, um dieser Entwicklung zu trotzen. Gekommen sind sie hauptsächlich aus Berlin und dem unweit gelegenen Leipzig, aber auch aus anderen Orten im Osten. Die Mehrheit folgte dem Ruf der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und der mit ihr verbundenen Jugendorganisationen.

Alle Kundgebungen, die an diesem Tag an verschiedenen Orten in Torgau stattfanden, waren deshalb politisch. Die Vertreter der DKP erklärten, warum sie für die EU-Wahl kandidieren. Nach Einschätzung einiger Teilnehmer hielt der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele auf dem Torgauer Marktplatz seine bislang leidenschaftlichste Rede.

Wie viele andere an diesem Tag auch, forderte er eine radikale Wende in der deutschen Politik: Austritt aus der NATO, Frieden mit Russland, Hinwendung zu sozialen Problemen statt Hochrüstung. Die Zeit drängt. Doch gemessen an der Teilnehmerzahl der Friedenskundgebung in Torgau beunruhigt die Entwicklung zum Krieg offenbar nicht viele im Land.

"Wir brauchen mehr Kraft. Wir versuchen, auf die Menschen zuzugehen und zu erklären, wie notwendig es ist [zu protestieren]. Leider ist es so, dass die Bevölkerung hier in Deutschland noch zu satt ist, noch zu wohlgenährt, um zu merken, was auf sie zukommt. Repressionen in diesem Staate werden immer stärker. Ich wurde darauf aufmerksam gemacht [zeigt auf eine sowjetische Pilotka mit fünfzackigem Stern], dass diese Mütze verboten ist laut Ordnungsgesetz.

Wir werden wieder in Treptow dabei sein am 9. Mai. Wir werden kämpfen, überall dort, wo es wichtig ist, um der Bevölkerung zu zeigen, dass wir als Kommunisten an der richtigen Stelle sind. Wir wollen zeigen, dass wir für Frieden sind, wir brauchen Frieden."

Das sagt mir ein älterer Aktivist nach der Abschlusskundgebung am Denkmal der Begegnung am linken Elbeufer. Er kommt aus Brandenburg und hat eine Gulaschkanone organisiert. Trotz dieser bitteren Worte ist er sehr gut gelaunt. Die Gedenkfeierlichkeiten seien für ihn bewegend gewesen. Der Herr scheint Mitte bis Ende siebzig zu sein.

Dann spreche ich mit einem anderen Teilnehmer. Er hat ebenso graue Haare, sieht aber nicht älter als Anfang sechzig aus. Ich frage ihn nach seinen Gefühlen: Vor nur wenigen Minuten wurde hier am Obelisk "Meinst du, die Russen wollen Krieg" sehr ergreifend auf beiden Sprachen, Russisch und Deutsch, gesungen – ein Lied, das niemanden gleichgültig lassen kann. Er sagt:

"Zunächst einmal haben sich 1945 die amerikanischen und russischen Soldaten hier getroffen und sich die Hand gegeben und umarmt. Und daraus hätte eine große Freundschaft werden können weltweit. Das ist leider nicht passiert. Wir gedenken dessen jedes Jahr hier, ich bin selbst seit ein paar Jahren dabei, ich habe das vorher nicht so registriert. Dieser Tag, der so wichtig ist, dass wir freundschaftlich in der Welt leben und keine Kriege führen. Es ist wichtig, dass wir zusammenkommen. Ich bedauere, dass wir relativ wenige sind."

Warum weise ich im Bericht auf die Haarfarbe hin? Weil bei jeder Friedenskundgebung sofort auffällt, dass es die Sache der Älteren ist, für Frieden und gegen die NATO zu demonstrieren. Aber nicht am Elbe-Tag. Mehrere Dutzend jüngerer Menschen sind da, wobei manche kaum älter als 15 zu sein scheinen. Ich vereinbare zwei Interviews, mit zwei Alexandern, um zu verstehen, was die jüngeren Menschen bewegt.

Gekommen sind sie aus Torgau, Leipzig, Cottbus, Dresden und anderen Städten im Osten, sagt mir Alexander von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). "Wir verstehen uns als Kommunisten. Es ist unsere Pflicht, daran zu erinnern, dass die Rote Armee den größten Beitrag

geleistet hat, Deutschland vom Hitler-Faschismus zu befreien, und daran wollen wir uns einerseits erinnern. Und auf der anderen Seite zeigt es auch schon mal, dass deutscher Imperialismus Richtung Osten, Richtung Russland, marschiert ist und daran gehindert worden ist, und gerade versucht die NATO dies schon wieder."

Ich frage nicht nach dem Alter, aber schätze, dass Alexander kaum älter als 20 ist. Er demonstriert zum vierten Mal in Torgau, trägt Bart und Palästina-Tuch. "Wir versuchen unseren Gleichaltrigen zu erklären, warum wir auf der Straße sind", versichert er mir. "Von allein wird es nicht kommen, wir müssen mehr werden, dass wir mit Schülern, mit Auszubildenden ins Gespräch kommen. Wir wollen uns in einem neuen Krieg nicht verheizen lassen."

Dann bitte ich Alexander, mir zu erklären, warum sein Vorgesetzter entgegen allen anderen Rednern an diesem Tag Russlands Militäroperation in der Ukraine regierungskonform "Angriffskrieg" nannte. Er tut das gern. Ihm zufolge definieren die Jungkommunisten der SDAJ den Ukraine-Krieg als imperialistischen Krieg, wobei Russland aus der schwächeren Position heraus agiere. Es verfolge seine realen Sicherheitsinteressen, welche die NATO missachte. Es sei sinnlos, sich an Hetze gegen Putin und Russland zu beteiligen. Protest gelte vor allem "den eigenen Kriegstreibern, dem deutschen Imperialismus". "Friedensverhandlungen können nicht passieren, wenn Deutschland weiterhin Waffen in die Ukraine schickt", betont Alexander. Zum Abschied sagt er winkend: "Druschba".

Nicht nur die SDAJ versammelte die jungen Menschen am Elbe-Tag unter ihren Fahnen. Auch die erst 2018 gegründete "Kommunistische Organisation" (KO) ist dabei. Die KO-Aktivisten sehen etwas älter als ihre SDAJ-Mitstreiter aus, vermutlich stammen sie mehrheitlich aus akademischen Milieus. Das kann man zumindest aus dem Gespräch mit Alexander H. schließen, der mir die Situation an den deutschen Hochschulen schilderte. Die Atmosphäre dort sei grauenhaft, es finde revisionistische Umdeutung der Geschichte statt. Alexander ist Russischlehrer, doch er muss andere Fächer unterrichten, denn das Interesse am Russischen sei deutlich gesunken. Zu seinen Beweggründen sagt er:

"Und wir stehen heute hier, um diese Parallele zu damals [NS-Zeit] und heute zu ziehen und um wieder aufzustehen, um als Linke, als Antikriegsbewegung zu sagen, wir wollen keinen Krieg mit Russland, weil er unseren Kontinent ins Elend stürzt."

Alexander legt sich eindeutig zugunsten Russlands fest. Ein antiimperialistischer Standpunkt gegen Russland sei ihm zufolge ein abstraktes Konstrukt. "Wir halten gegen diese vermeintlich linke Rhetorik, dass Russland imperialistischer Angreifer sei, dagegen und versuchen uns jeden Tag dafür starkzumachen, dass sich die linke Bewegung mit den Fakten, mit der konkreten Geschichte, die dazu geführt hat, dass Russland in die Ukraine gegangen ist, befassen muss." Die Unkenntnis will er mit vielen Bildungsangeboten oder "vielen Veranstaltungen wie heute" bekämpfen.

Als einer der letzten Redner an diesem Tag definierte Klaus Hartmann vom Freidenker-Verband, was aus seiner Sicht heutzutage "rechts" ist. "Wer Bandera-Faschisten in der Ukraine die Stange hält, ist rechts, er braucht keine andere Rechte hier im Lande zu suchen." Dementsprechend würdigte er den Kampf Russlands:

"Wir danken den Befreiern von gestern und den Befreiern von heute. Das heißt, wir danken auch der Russischen Föderation für ihren unermüdlichen Einsatz im Kampf gegen den Faschismus, während einige ihrer Alliierten auf der anderen Seite, nämlich auf der Seite der Faschisten stehen."

Dass er dabei strafrechtliche Verfolgung riskiert hat, liegt auf der Hand. Hartmann geht es darum,

die Menschen mit seinem Mut aufzumuntern. Das versteht sein Publikum gut und dankt ihm mit Applaus.

In Abwesenheit der deutschen offiziellen Vertreter fand in Torgau am Elbe-Tag auch ein Akt der deutsch-russischen Volksdiplomatie statt. Ein Vertreter der russischen Botschaft legte in Anwesenheit der Demonstrationsteilnehmer den Kranz am Denkmal der Begegnung und las vor ihnen ein Grußwort des Botschafters vor. Die deutsche Seite erwiderte mit einem Manifest, das von Christiane Reymann anlässlich des 79. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus verfasst wurde. Vorgelesen wurde der Aufruf von Anja Mewes.

Der Bericht wäre natürlich nicht vollständig, wenn wir die US-Amerikaner nicht erwähnt hätten. Viele ehemalige US-Soldaten und Beteiligte der damaligen Ereignisse an der Elbe setzten sich nach dem Krieg für die Würdigung des Treffens an der Elbe ein. Auch an diesem Tag war ein echter US-Amerikaner dabei, womöglich der einzige. Passenderweise wurde ich ihm während des in diesem Augenblick von der Bühne abgespielten US-Liedes "Down by the Riverside" vorgestellt.

"Ich bin hier für die amerikanisch-russische Freundschaft und auch, um gegen die NATO-Aggression zu demonstrieren", sagt Robert mit hörbarem Akzent. Gekommen ist er mit dem Fahrrad aus Berlin, zusammen mit seiner Frau. Seine klare Position fasste der "Ami" in wenigen Worten zusammen: "Ich habe keine anti-amerikanischen Sentiments gespürt. Ich sehe auch die Rolle Deutschlands, Englands und der NATO sehr kritisch. Es gibt jede Menge US-Amerikaner, die die NATO infrage stellen. Sie ist irrsinnig geworden. Sie hätte nach dem Kalten Krieg abgeschafft werden müssen."

Hinter seinem Rücken ist das Torgauer Schloss Hartenfels zu sehen – ein wunderschöner Anblick. Die Robustheit und Schönheit des Schlosses stehen für Geschichte, die nicht zerstört werden kann. Das, wofür das Gedenken am Elbe-Tag da ist, kann ebenso wenig zerstört werden, und das beweist der US-Besucher mit seiner Anwesenheit besser als tausend Worte. Hoffentlich bleibt das auch künftig so.

* * *

Liquidierung oder Aufspaltung: Warum die Ukraine ihre Existenzberechtigung verloren hat

<https://dert.tech/meinung/204448-warum-ukraine-ihre-existenzberechtigung-verloren-hat/>
02.05.2024

Die Zukunft der Ukraine kann entweder eine vollständige Liquidierung der Staatlichkeit und eine Aufteilung des Territoriums durch die Nachbarländer sein (wie es mit der Rzeczpospolita geschah) oder eine teilweise Aufspaltung unter strenger Kontrolle (wie es 1945 mit Deutschland geschah).

Von Dmitrij Gubin

Der als Ukraine bezeichnete Staat ist zu einem Gefahrenherd geworden, sowohl für seine eigenen Bürger als auch für die Nachbarländer, vor allem für Russland. Ihre Regierung ist absolut unzurechnungsfähig, und es ist sinnlos, mit ihr zu verhandeln. Die Legitimität der dortigen Staatsführung ist zerstört, und demnächst, mit dem Ende der Amtszeit von Wladimir Selenskij im Mai und den Parlamentswahlen der Werchowna Rada im August dieses Jahres, wird sie gänzlich verschwinden. Warum besteht für dieses Staatsgebilde kein Grund, auf der politischen Landkarte der Welt zu bleiben?

Jeder Staat besteht, solange mindestens eine der drei Bedingungen erfüllt ist:

- eine Tradition des langen Zusammenlebens unter einer Staatsgewalt, deren Grundfesten sich über Generationen hinweg nicht ändern;
- ein Gesellschaftsvertrag, das heißt eine Reihe geschriebener und ungeschriebener Regeln, die in allen Territorien und von allen dort lebenden menschlichen Gemeinschaften eingehalten werden müssen;
- alle Nachbarstaaten und Großmächte erheben ausnahmslos keine Einwände dagegen, dass ein staatliches Gebilde existiert und seine Bevölkerung registriert.

Was die Ukraine betrifft, so gibt es keine erwähnenswerte Staatsbildungstradition. Weder die fragwürdige Entstehungsgeschichte der Zentralen Rada, noch die ebenso umstrittene Wahl des Hetman Skoropadskij, noch das Direktorium Petljuras mit seinen Pogromen und nationalen Experimenten können die Existenz eines Staates rechtfertigen. Und schon gar nicht kann man die Aktivitäten der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN)* mit ihrer Idee des Völkermords an jeder "falschen" Bevölkerung als staatsbildend ansehen.

Die "Banderowschtschina" ist nicht nur destruktiv und kriminell in ihrer grundlegenden Struktur, sondern auch eng mit dem Hitlerdienst verbunden, den die Geschichte bekannterweise mitsamt dem Nationalsozialismus ablehnte, wie aus den Materialien der Nürnberger und anderer Gerichtsprozesse hervorgeht. Was bleibt also übrig? Die Erfahrung des Russischen Reiches und der Ukrainischen SSR innerhalb der UdSSR, als die Menschen auf dem Gebiet der heutigen Ukraine in einem einheitlichen Staat mit Russland lebten und Frieden und Harmonie untereinander pflegten.

Der Gesellschaftsvertrag, der der Ukraine das Recht auf Unabhängigkeit verschaffte, beruht auf zwei Deklarationen: der Deklaration der staatlichen Souveränität der Ukraine vom 16. Juli 1990 und der Akte der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine vom 24. August 1991. Sie legen die Bedingungen fest, unter denen sowohl die Bürger als auch die sie vertretenden lokalen Eliten bereit sind, unter einem Dach zu leben.

Wenn diese geschriebenen und ungeschriebenen Regeln nicht nur auf lokaler Ebene verletzt werden, sondern durch den normativen Rahmen und die alltägliche Praxis außer Kraft gesetzt werden, verliert der Staat als Ganzes seine Existenzberechtigung. Wie lauten diese Regeln? In der Deklaration der staatlichen Souveränität heißt es klar und deutlich: "Die Ukrainische SSR gewährleistet die Gleichheit aller Bürger der Republik vor dem Gesetz, ungeachtet ihrer Herkunft, ihres sozialen und vermögensrechtlichen Status, ihrer Rasse und Nationalität, ihres Geschlechts, ihrer Bildung, ihrer Sprache, ihrer politischen Anschauungen, ihrer religiösen Überzeugungen, der Art und des Wesens ihrer Beschäftigung, ihres Wohnorts und anderer Umstände."

Und weiter ebenda: "Die Ukrainische SSR ist unabhängig in der Bewältigung von Fragen der Wissenschaft, der Bildung, der kulturellen und geistigen Entwicklung der ukrainischen Nation, garantiert allen auf dem Territorium der Republik lebenden Nationalitäten das Recht auf ihre freie nationale und kulturelle Entwicklung."

Auf der Grundlage dieser Postulate wurde, wenn auch inkonsequent, ein System von Gesetzen und Rechtsvorschriften geschaffen, und 1996 wurde die ukrainische Verfassung verabschiedet. Der Bürgerfrieden, der auf einem Gleichgewicht der Werte und Interessen beruhte, wurde im Allgemeinen gewahrt. Kiew musste sich mit den historischen und ethnisch-kulturellen Eigenheiten der ihm untergeordneten Regionen abfinden und ein Gleichgewicht zwischen ihnen aufrechterhalten.

Im Jahr 2014 wurde die Macht im Land von einer Gruppierungscoalition ergriffen, die diese

Postulate nicht nur leugnete, sondern auch ihre Bereitschaft zeigte, sie mit Waffengewalt zu zerstören und einen Völkermord an allen zu begehen, die nicht ihrem Ideal eines "echten Ukrainers" entsprachen. Damit wurde nicht nur dieser Gesellschaftsvertrag innerhalb des Landes endgültig gebrochen, sondern auch die Existenz der Ukraine für ihre Nachbarländer sozusagen extrem unangenehm gemacht.

Der Putsch vom 22. Februar 2014 wurde mit Unterstützung der USA und der EU-Länder durchgeführt, ohne die Interessen Russlands zu berücksichtigen. Unter diesen Umständen erklärt Wiktor Medwedtschuk (der jahrzehntlang zu den Befürwortern des Gesellschaftsvertrags gehörte und sich an der internationalen Legitimierung der ukrainischen Staatlichkeit beteiligte): "Janukowitsch war der letzte legitime Präsident der Ukraine. Die Wahlen 2014 und 2019 sind illegitim." Diese Wahlen fanden statt, nachdem der 1990/1991 geschlossene Gesellschaftsvertrag, der bis zum Maidan 2004 im Großen und Ganzen, wenn auch nicht im Detail, erfüllt wurde, mit Füßen getreten worden war. In den Zeiträumen zwischen den Putschen kam es dank des ungefähren Gleichgewichts der Kräfte in der und um die Ukraine nicht zu blutigen Auseinandersetzungen und zur Zerstörung der ethnisch-kulturellen und religiösen Vielfalt in diesem Gebiet, trotz des starken Wunsches der Nationalisten, sie zu zerstören, und des Wunsches der westlichen Akteure, die Politik des Landes gegen Russland zu lenken.

Nachdem Poroschenko und Selenskij ihre Macht erlangt hatten, akzeptierten sie voll und ganz die von den Banderisten vorgeschlagenen Spielregeln. Obwohl einer von ihnen Russe und der andere Jude war, wurden sie zu Vermittlern von Ideen und Vorstellungen der Ideologen des Völkermords – von Michnowski und Donzow bis Tjagnibok und Farion.

Abgesehen von der Tatsache, dass diese Wahlen nicht auf dem gesamten international anerkannten Territorium der Ukraine stattfanden, waren sie mit Verboten und Verfolgung behaftet. Tausende von Menschen litten unter den Maßnahmen des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU), die von der internationalen Gemeinschaft vollständig geduldet wurden. Mehr als 25.000 Strafverfahren wurden allein wegen abweichender Meinungen eingeleitet.

Im Donbass machten militärische und paramilitärische Verbände unverhohlen Jagd auf Zivilisten. Die Gräueltaten, die die Einwohner von Odessa und Mariupol, Kupjansk und Isjum erlebt haben, sind unfassbar.

Im Jahr 2015 verabschiedete die Ukraine das Gesetz "Über den rechtlichen Status und das Andenken an die Teilnehmer des ukrainischen Unabhängigkeitskampfes im 20. Jahrhundert", das die Angehörigen von Petljura und Bandera zu Nationalhelden erklärte. So wurde der vergangene Völkermord zur Heldentat erklärt, seine Praktiken wurden legitimiert und als Vorbilder übernommen. Diese Form der Erinnerungspolitik ist nicht nur eine Beleidigung für einen großen Teil der ukrainischen Bevölkerung, sondern auch absolut inakzeptabel für Russland und Polen sowie für die jüdische Öffentlichkeit, die ihr historisches Gedächtnis noch nicht verlor.

Seit 2014 findet eine aktive Ukrainisierung aller Lebensbereiche statt. Die Nationalisten, die die Macht eroberten, begannen mit der Abschaffung des Gesetzes über die Regionalsprachen. Die Rechte der Russischsprachigen wurden durch Personalentscheidungen, die Einführung von Prozentnormen in den Medien und Lehrplänen immer weiter beschnitten. Die in Artikel 10 der ukrainischen Verfassung verkündeten Garantien für die "freie Entfaltung und Verwendung der russischen Sprache" wurden völlig vergessen. Die ab 2018 verabschiedeten Gesetze zu Bildung, Sprache und nationalen Minderheiten führten zu einem Verbot des öffentlichen Gebrauchs der russischen Sprache. Diese Maßnahmen betrafen auch die ungarische und rumänische Bevölkerung, was zu entsprechenden Reaktionen in Budapest und Bukarest führte.

Seit 2017 wurde mithilfe des SBU und anderer staatlicher Stellen sowie unter Beteiligung des Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomäus, und von Beamten des US-Außenministeriums eine Politik der Zerstörung der kanonischen Orthodoxie betrieben.

In einer Situation der völligen Missachtung der Rechte der russischsprachigen und orthodoxen Bevölkerung sowie ihrer physischen Zerstörung ist es unmöglich, über die Legitimität der Ukraine als Ganzes zu sprechen. Daher ist jede Diskussion darüber, was mit dem derzeit von der Ukraine besetzten Gebiet geschehen wird, sinnlos. Dies können sowohl die vollständige Liquidierung der Staatlichkeit und die Aufteilung des Territoriums durch die Nachbarländer sein (wie im Fall der Rzeczpospolita Ende des 18. Jahrhunderts) als auch die teilweise Aufteilung und Wiederherstellung der Macht in einem Teil des Landes unter strenger Kontrolle der betroffenen Länder (wie im Fall Deutschlands im Jahr 1945).

Auf jeden Fall wird die Ukraine aus den Zeiten von Poroschenko und Selenskij der Vergangenheit angehören. Die einzige Frage ist lediglich der Zeitrahmen.

*Die Organisation(en) wurde(n) aufgelöst oder ihre Tätigkeit ist in der Russischen Föderation verboten.

Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 30. April 2024 zuerst in der Zeitung Wsgljad erschienen.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im April/Mai 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.